

Nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

10

VIII. Jahrgang

Hamburg, Oktober 1968

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

Klarer und unmißverständlicher als in der Regierungserklärung kommt die wirkliche Politik der Kiesinger-Brandt-Regierung in den Zahlenkolonnen des Haushaltsplanes zum Vorschein. Das ist eine Tatsache, die die Gewerkschaften veranlassen muß, den Entwurf des Haushaltsplanes 1969 und die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung bis 1972 unter die Lupe zu nehmen. Was die Regierung von ihren sozialen Verpflichtungen hält und was es mit der „sozialen Symmetrie“ auf sich hat, darüber geben nicht die „schillernden Worte“ des Wirtschaftsministers oder die Beschwichtigungsversuche des Finanzministers Strauß Auskunft, sondern allein die realen Zahlen des Haushaltsplanes.

So ist zum Beispiel die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Staatsverschuldung keineswegs so harmlos, wie es der Finanzminister der Bevölkerung glaubhaft zu machen versucht. Im Gegenteil! Die Nettoverschuldung des Bundes wächst stärker, als im vergangenen Jahr geplant wurde. Zur Zeit ist das Jahresbudget nicht mehr auszugleichen, weil Steuererhöhungen das Wahlkonzept der Regierungsparteien stören würden. Für 1969 war die offen zugegebene Nettoverschuldung des Bundes mit 1,7 Milliarden DM geplant, sie beträgt aber jetzt schon im Haushaltsvoranschlag 3,6 Milliarden. Von 1969 bis 1972 bleiben Bundesdefizite in Höhe von rund 15 Milliarden DM, die durch Kredite zu decken sind. Für die gesamten Haushalte der öffentlichen Hand beträgt die Schuldennzunahme 1969 sogar 10—11 Milliarden DM.

Wirtschaft und Politik für wen?

Es bedarf keiner Prophetie, zu sagen, daß es bei dieser Nettoverschuldung nicht bleiben wird, weil die Steuer-

einnahmen zu hoch geschätzt wurden, zweifellos mit dem Ziel, einen fiktiven Ausgleich für die übersteigerten Ausgabenwünsche herbeizuführen oder, wie es die Regierung Kiesinger vornehmer ausdrückt, „neuen Handlungsspielraum“ für die expansive Außenpolitik zu erhalten. Dazu kommt aus dem Finanzministerium des CSU-Finanzministers Strauß die Meldung, daß mindestens bis 1970 keine zusätzlichen Mittel für soziale Zwecke verfügbar sind.

Für die Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik ist die Forderung Schillers nach loriertem „deficit spending“ keine Hilfe. Eine Defizitwirtschaft ist sicher vernünftig, wenn Gegenwerte entstehen, zum Beispiel Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Arbeitsplätze usw. Aber eine sich steigernde Kreditaufnahme des Staates, die vorwiegend der Rüstung und der ebenso unproduktiven wie gefährlichen expansiven Außenpolitik dient, muß den sozialen Besitzstand des Volkes zerstören. Schließlich aber kommen die Steuern, die der Staat einnimmt, um die Kredite zurückzubezahlen, zum größten Teil von den Lohn- und Gehaltsempfängern, während die vom Wirtschaftsminister Schiller so gelörderten staatlichen Investitionen im wesentlichen den Unternehmern dienen und ihren Besitz vergrößern. Das heißt aber, daß die Wirtschaftspolitik der Kiesinger-Brandt-Regierung und des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers nicht etwa die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Arbeitnehmer im Auge hat, sondern im Gegenteil das Vermögen der Produktionsmittelbesitzer weiter anwachsen läßt.

DKP als Alternative.....	2
SPD-„Gewerkschaftsrat“	3
■ Wie weiter in der Notstandsfrage?..	4
■ Ostkontakte mit welchem Ziel?.....	5
■ Berichte über Gewerkschaftstage 6—11	
Nur 6 Prozent!	12
Lage in der Stahlindustrie...	13
Bergbau-Einheitsgesellschaft ..	14
■ Bundesetat steigert Verschuldung...	15
Benda und Mitbestimmung...	16
Die wissenschaftlich-technische Intelligenz	18

PARALLELEN

Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern schreibt Franz-Josef Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“: „Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte den kommunistischen Regimen nicht helfen, ihre Macht zu festigen und die Mängel und Lücken in ihrem System zu überwinden: Wirtschaftshilfe sollte an bestimmte Projekte gebunden sein, die diese Länder enger an den Westen als an den Osten binden. Die kommunistischen Regime sollten langsam abgebaut werden. Diesen Prozeß müssen wir fördern und unterstützen.“

Nach dem Zusammenbruch 1945 wurde mit Recht der Vorwurf laut, man hätte Hitlers „Mein Kampf“ gründlicher lesen müssen, der Welt wäre dann eine Katastrophe erspart geblieben.

Die gefährliche politische Aggressivität eines Franz-Josef Strauß — im Lichte der Ereignisse in der CSSR gesehen — zwingt dazu, in diesem Falle ernsthaft zu tun, was bei Hitler versäumt wurde.

okulus

DKP als politische Alternative

Neue Kommunistische Partei stellt sich vor Gutes Verhältnis zu Gewerkschaften angestrebt

Vor zahlreichen Vertretern der in- und ausländischen Presse wurde in Frankfurt am Main die Neugründung einer Kommunistischen Partei bekanntgegeben, die am 22. September 1968 erfolgt ist. Als Sprecher des „Bundesausschusses zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ begründete der Journalist Kurt Bachmann diesen Schritt der Initiatoren der neuen Kommunistischen Partei damit, daß die Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse eine Partei erfordern, die konsequent die gesellschaftspolitischen Forderungen vertritt. Die Unterzeichner stützen sich bei ihrer Neukonstituierung auf das Grundgesetz, Artikel 21, und erklären, daß sie dieses Grundgesetz achten und die im Grundgesetz postulierten demokratischen Grundrechte nicht nur anerkennen, sondern verteidigen werden.

In einer der Öffentlichkeit unterbreiteten Erklärung heißt es u. a., daß die neukonstituierte Kommunistische Partei, die übrigens den Namen „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) tragen wird, eine Alternative zur Politik der herrschenden großkapitalistischen Kreise und zu den Parteien, die deren Interessen vertreten, entwickeln will. „Sie wird sich“, so heißt es wörtlich in der Erklärung, „zum Sprecher und Vorkämpfer der gerechten Forderungen der Gewerkschaften, der Arbeiter, Bauern und anderen abhängigen Schichten der Bevölkerung gegen die Übermacht der Industrie- und Bankherren machen.“

Als Ziel hat sich die DKP die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft gesetzt und geht dabei von der Vorstellung aus, daß diese nur durch die Arbeiterklasse, und das heißt durch die große Mehrheit des Volkes, erreicht werden kann. Das wirtschaftliche Krisenjahr 1967 habe gezeigt, daß die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung nicht in der Lage sei, den arbeitenden Menschen dauerhafte Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit zu garantieren. „Sie ist nicht fähig, die grundlegenden sozialen und menschlichen Probleme unserer Zeit, besonders die Fragen, die mit der Umwälzung in Wissenschaft und Technik verbunden sind, zum Wohle des Volkes zu lösen.“ Diese durchaus zutreffende Charakteristik erfordert darum eine demokratische Wirtschaftspolitik. „In ihrem Mittelpunkt“, so fährt die Erklärung fort, „muß die Mitbestimmung der Arbeiter in Betrieben, Unternehmen und Staat als erster Schritt zur Einschränkung der Macht der Monopole stehen.“

Die DKP spricht sich dann darüber hinaus für eine Politik des stetigen wirtschaftlichen Wachstums aus und fordert eine demokratische Wirtschaftsplanung sowie eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik und die Erweiterung der Sozialleistungen auf Kosten der Rüstungsausgaben und der Monopolprofite. Die Forderung der Gewerkschaften nach Überführung der Schlüsselindustrien und der marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum wird in der Erklärung als aktuell und zeitgemäß bezeichnet.

Während innenpolitisch die Aufhebung der verfassungswidrigen Notstandsgesetze und die Verwirklichung der vollen Rechte der Parlamente sowie eine umfassende Demokratisierung des öffentlichen Lebens gefordert wird, wird außenpolitisch eine konsequente Friedenspolitik vertreten. Als Voraussetzungen werden dazu verlangt: die Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches, die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zur DDR, der sofortige Beitritt zum Atom-



„Aktionsbündnis“ für die Bundestagswahl 1969

Am 2. November 1968 wird in der Dortmunder Westfalenhalle der Gründungskongreß für ein „Aktionsbündnis aller Demokraten und Sozialisten zur Bundestagswahl 1969“ stattfinden. Vertreter der Arbeiterschaft, der Intelligenz, des Mittelstandes, der Bauern und der Jugend haben zu diesem Zweck am 28. September in Duisburg einen vorbereitenden Ausschuß gewählt. Eingeladen hatten zu der Veranstaltung Persönlichkeiten des sogenannten „Gießener Kreises“, u. a. die Professoren Werner Hofmann und Wolfgang Abendroth sowie mehrere Betriebsräte.

In einem Aufruf an die Öffentlichkeit wird über die politische Zielgebung gesagt: „Wir brauchen einen grundlegenden Wandel.“ Es ist beabsichtigt, alle demokratischen und sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik zusammenzuführen, um den Wählern in der Bundestagswahl eine fortschrittliche politische Alternative zum Bonner Parteienkartell bieten zu können. Auf dem Programm der Initiatoren stehen: Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, Anerkennung der Grenzen in Europa, Abschluß eines Friedensvertrages, Zurückdrängung der Konzernmacht durch die Mitbestimmung und verbesserte Ausbildung und soziale Sicherheit durch Abbau der Rüstungsausgaben.

waffensperrvertrag, die Herabsetzung des Rüstungselats und ein europäisches Sicherheitssystem.

Zu den konkreten Problemen im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR heißt es in der Erklärung, daß sich die DKP von „internationalistischen Prinzipien“ leiten lasse. Sie hält darum das militärische Eingreifen der fünf sozialistischen Länder für gerechtfertigt, weil sie eine ernste Gefahr in der CSSR sowohl für die sozialistische Gesellschaftsordnung im Inneren wie für die Sicherheitsinteressen der im Warschauer Pakt vereinigten sozialistischen Ländern und damit für den Frieden in Europa, anerkennt. Diese Feststellung übrigens hat der DKP den ersten Tadel der konformistischen Presse eingebracht.

Die Deutsche Kommunistische Partei ist nach den Worten ihrer Gründer eine unabhängige Partei. Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituieren, ist eine Partei der Bundesrepublik. Dieses Land ist unsere Heimat, mit ihrer Bevölkerung teilen wir Freuden, Sorgen und Hoffnungen. Wir entwickeln unser Programm, die Formen und Methoden unseres Kampfes selbständig auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und ausgehend von den ökonomischen und politischen Bedingungen, die in der Bundesrepublik herrschen. Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze.“

Man kann es nur als politisch vernünftig bezeichnen, wenn in der Bundesrepublik eine Kommunistische Partei neugegründet wurde und Kommunisten und verschiedene Marxisten nicht auf die Wiederzulassung der alten KPD warten, obwohl damit keineswegs das Recht auf die Legalisierung der verbotenen Partei aufgegeben wird. Das ist übrigens auch auf der Pressekonferenz in Frankfurt deutlich zum Ausdruck gekommen. Auch die neukonstituierte Kommunistische Partei will sich weiter für die Aufhebung des vor zwölf Jahren ausgesprochenen KPD-Verbotes stark machen.

Zur Zeit bilden sich, dem Aufruf folgend, in den Ländern der Bundesrepublik Ausschüsse, um einen in Kürze einzuberufenden Parteitag vorzubereiten, der die Festlegung der Politik und der Ziele der neuen Kommunistischen Partei sowie die Wahl der Parteileitung vorzunehmen hat. Ausdrücklich wird eine Willensbildung von unten nach oben sowie die demokratische Wahl der Leitungen auf allen Stufen der Partei zugesichert. Auf die neue Partei werden sich die Hoffnungen vieler politisch tätiger Menschen der demokratischen Linken stützen, die schon lange auf eine Partei warten, welche in der Lage ist, das politische Vakuum links von der Sozialdemokratischen Partei auszufüllen. H. S.

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen haben rund 180 000 Wähler, das sind 5,2 Prozent, die neonazistische NPD gewählt. Jeder, der sich über die Gefahren für die Demokratie, die von dieser Partei ausgehen, ernsthafte Sorgen macht, hat mit Unverständnis die triumphierenden Meldungen in der Presse gelesen, die trotzdem von einer Niederlage der NPD sprechen. Mit unverständlichem Optimismus wird behauptet, die Aufwärtsentwicklung der NPD sei gestoppt und die Demokratie stabilisiert. Zwar ist der Stimmenanteil der NPD gegenüber der Landtagswahl in Niedersachsen zurückgegangen, aber es ist eine durch die Erfahrung erwiesene Tatsache, daß die Kommunalwahlen kein zuverlässiges politisches Barometer sind und darum als Vergleich mehr als fragwürdig bleiben. Die Gefahr des Neonazismus ist also keineswegs geringer geworden, denn auch 5,2 Prozent Wahlstimmen für die NPD sind bedenklich genug.

Der Zweckoptimismus in der bundesdeutschen Presse entspricht zweifellos dem Wunsch der Bundesregierung, und hier besonders der CDU/CSU-Minister, die nicht ernsthaft an einem Verbot der NPD interessiert sind. Dabei hat die Zweite Zivilkammer des Landgerichts Hannover in einem Rechtsstreit zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der NPD entschieden, daß die NPD in der Öffentlichkeit als rechtsradikal, neonazistisch, antidemokratisch und arbeitnehmerfeindlich bezeichnet werden darf. Auch der Vorwurf der Gewerkschaften, die NPD verherrliche nazistisches Gedankengut und gefährde die demokratische Grundordnung, darf in Zukunft weiter erhoben werden.

Wenn zu den Wahlen in Niedersachsen etwas anzumerken ist, dann dies, daß mit dem energischen Auftreten der Gewerkschaften die Neonazis den heftigsten Widerstand zu spüren bekommen. Die Gewerkschaften dürfen darum nicht nachlassen, sich wie bisher energisch gegen die NPD durchzusetzen. Mit Recht warnte der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Sperner, vor der Gefahr, daß durch das Anwachsen des Neonazismus in der Bundesrepublik die Arbeitsplätze gefährdet werden, und der Bezirksleiter der IG Metall in Bayern, Erwin Essl, bezeichnete die NPD als „politische Provokation für die Völker des Westens gleichermaßen wie die des Ostens“.

Bemerkenswerterweise forderte Essl auch die Auflösung der NPD durch die Innenminister der Länder. Das ist zweifellos ein Weg, der von den Gewerkschaften und vom DGB ernsthaft über-

legt werden sollte. Die Befürworter der Auflösung der NPD beziehen sich dabei auf den Artikel 139 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Das bedeutet, daß das Kontrollratsgesetz Nr. 2, erlassen von den Militärregierungen, in dem die Auflösung der NSDAP und aller ihrer Nachfolgeorganisationen verfügt wird, weiter rechtsgültig ist. Ohne Zweifel ist dieses Gesetz auch anwendbar auf die neonazistische NPD. -ger

Gewerkschaften gegen NPD

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat den Boykott der städtischen Hallen in Hannover am 20. September 1968 beendet. Anlaß dazu war die Entscheidung des Verwaltungsausschusses der Landeshauptstadt Hannover, trotz einer gegenteiligen einstweiligen Anordnung des Verwaltungsgerichtes auf keinen Fall der neonazistischen NPD städtische Räume für deren antidemokratische Veranstaltungen zu vermieten. Die IG Chemie hatte im vergangenen Jahr nach der Überlassung der Stadthallenbetriebe an die NPD zur Abhaltung ihres Bundesparteitagcs erklärt, so lange nicht mehr in der Stadt- und Niedersachsenhalle zu tagen, wie dort die NPD Veranstaltungen durchführen könne. Der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik im Oktober 1967, der ursprünglich in der Stadthalle Hannover stattfinden sollte, war deshalb kurzfristig nach außerhalb Hannovers verlegt worden.

Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft richtete am 30. September an Bundeskanzler Kiesinger ein Telegramm, in dem es u. a. heißt: „In großer Sorge um den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung wenden wir uns heute an Sie mit der dringenden Bitte, im Bundeskabinett einem Antrag auf Verbot der NPD ihre Zustimmung zu geben.“ Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Werner Kuhlmann, erklärte in Düsseldorf, wer den Rechtsradikalismus bekämpfen wolle, müsse handeln. Auch er forderte das Verbot der Neonazi-Partei.

Der Gewerkschaftsrat der DAG hat in seiner Sitzung am 24. 9. 1968 die Bundesregierung erneut aufgefordert, die neofaschistische NPD zu verbieten. „Die NPD mißbraucht die Rechte und Freiheiten unserer Verfassung dazu, die Demokratie auszuhöheln“, heißt es in der Erklärung des Gewerkschaftsrates.

Der letzte Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg machte deutlich, daß es zwischen dem Parteivorstand und den Gewerkschaften nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Es ist verständlich, daß sich die SPD darum Sorgen macht, denn bisher rekrutierten sich ihre Wähler vornehmlich aus den Reihen der Arbeiterschaft. So kam es zu dem Beschluß, beim Parteivorstand der SPD einen „Gewerkschaftsrat“ zu bilden, der sich nun im September konstituiert hat. Ihm gehören an: die 16 Vorsitzenden der Gewerkschaften im DGB, der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg und sein Stellvertreter, Hermann Beermann, der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, ferner Vertreter des Beamtensyndikats und der gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Unternehmen.

Die Aufgabe des „Gewerkschaftsrates“ soll es sein, den Parteivorstand der SPD in allen gesellschaftspolitischen Fragen zu beraten. Auf der ersten Sitzung, die in Essen stattfand, hat Willy Brandt die Bildung des „Gewerkschaftsrates“ als einen wichtigen Schritt zur Konstituierung aller Kräfte, die auf die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen ausgerichtet sind, bezeichnet.

Der „Gewerkschaftsrat“ hat zunächst einmal mit den Parteivertretern u. a. über das Mitbestimmungsproblem und die Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfalle diskutiert, aber auch über allgemeine politische Fragen. So u. a. wurde das bedrohliche Anwachsen der NPD erörtert, und wie die „Welt der Arbeit“ berichtet, haben die Vertreter der SPD erklärt, sich für ein Verbot der Rechtsradikalen einzusetzen zu wollen.

Die Zeitung der IG Metall meint, daß dem „Gewerkschaftsrat“ der SPD „gerade in Anbetracht der Bundestagswahl im kommenden Jahr besondere Bedeutung zukommt“. Das ist gewiß auch wohl die Meinung des Parteivorstandes, der sich vom „Gewerkschaftsrat“ eine kräftige Wahlhilfe verspricht.

Die Gewerkschaften können sich damit aber nicht zufrieden geben. Wenn er für sie Bedeutung haben soll, dann kommt es darauf an, daß die Gewerkschaftsvertreter in dem „Rat“ energisch dafür eintreten, daß sich Parteivorstand und Bundestagsfraktion der SPD auf die Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung orientieren und die außerparlamentarische Aktivität der Gewerkschaften im Parlament durch die Partei ihre Fortsetzung findet. Nur als Wahlhelfer der SPD zu fungieren würde dem Auftrag nicht gerecht, den die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften in der Partei wahrzunehmen haben.

H. S.

Wie weiter in der Notstandsfrage?

Kampf gegen NS-Gesetze mit Parlamentsbeschluß nicht zu Ende Bereits die Anwendung wäre Mißbrauch der Demokratie

Die Notstandsgesetze werden in den Gewerkschaften von den Mitgliedern immer noch lebhaft diskutiert. Auch der Gewerkschaftstag der IG Metall hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Das ist verständlich, denn die Gewerkschafter wissen, daß die Notstandsgesetze ganz besonders die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen berühren.

In zahlreichen Versammlungen und vielen Beschlüssen ist eindeutig dargelegt worden, in welchem Maße die Notstandsgesetze nicht nur die Grundrechte der Bürger der Bundesrepublik, sondern darüber hinaus besonders die Rechte der Arbeitnehmer in den Betrieben einschränken können.

Mit den Notstandsgesetzen wurde das Grundgesetz in autoritärer Weise geändert, wurde in die Verfassung gewissermaßen eine Gegenverfassung eingebaut, die offensichtlich dem Geist und dem Buchstaben des Grundgesetzes widerspricht. Die Gewerkschaften haben stets deutlich zu machen versucht, daß es weder ein demokratisches noch ein ungefährliches oder gar freiheitliches Notstandsgesetz gibt. Das Ziel der Notstandsgesetze ist nichts anderes als die Erhaltung und Festigung der bestehenden Machtverhältnisse gegenüber allen Versuchen einer Demokratisierung der spätkapitalistischen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik. Eine Gesellschaftsordnung, die darauf ausgerichtet ist, die besonderen Interessen einer Minderheit zu vertreten, die Mehrheit der Bevölkerung von der Mitgestaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens jedoch weitgehend ausschaltet, kann nur mit erheblichen Vorbehalten als demokratisch bezeichnet werden.

Wenn der Inhalt der Notstandsgesetze gegen die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gerichtet ist, muß es falsch sein, sich jetzt lediglich gegen den „Mißbrauch“ der Zwangsgesetze auszusprechen. Insofern muß man den schriftlichen Geschäftsbericht der IG Metall und die Ausführungen Otto Brenners auf dem Gewerkschaftstag, die sich nur gegen den „Mißbrauch“ der Notstandsgesetze richteten, für bedenklich halten. Auch die legale Anwendung der Notstandsgesetze durch die Bundesregierung ist „Mißbrauch“, denn sie zerstört die demokratische Grundordnung.

Es kann darum auch nicht richtig sein, die durch Beschluß des Bundestages legalisierten Notstandsgesetze zu respektieren. Maßstab für die gewerkschaftliche Haltung sind ausschließend die Interessen der Arbeitnehmer. Wenn aber durch die Notstandsgesetze die Demokratie zerstört wird und die Interessen der arbeitenden Menschen empfindlich verletzt werden, dann darf man solche Gesetze nicht nur nicht respektieren, sondern man muß sie

bekämpfen, und zwar so lange, bis sie wieder rückgängig gemacht werden.

Wenn die Parlamentarier nicht den Mut und die Kraft haben, sich anti-demokratischen Tendenzen zu widersetzen, dann entspricht es dem Verfassungsauftrag, daß die Demokraten außerhalb des Parlamentes durch ihre Aktivität die Demokratie retten. Dabei soll nicht denen das Wort geredet werden, die die Gewerkschaften drän-

gen, den Generalstreik auszurufen, in der naiven Vorstellung und unter Verkennerung der Realitäten, daß sowas von heute auf morgen möglich wäre. Aber gewerkschaftspolitische Aktionen, in vielen Orten und Städten der Bundesrepublik durchgeführt, können dazu beitragen, den Parlamentariern die Meinung der Gewerkschaften nachdrücklich klarzumachen.

Die Frage ist nun, was die Gewerkschaften nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze tun können. Zunächst eines: Sie sollten dafür sorgen, daß im nächsten Jahr kein Notstandsbeauftragter ins Parlament kommt und kein Bundestagskandidat gewählt wird, der nicht zuvor erklärt, daß er unter keinen Umständen der Ausrufung des Notstandes zustimmt. Und weiter: Die Gewerkschaften sollten unmißverständlich ihren festen Willen bekunden, daß sie, wie gestern, auch heute und morgen ihren Kampf gegen die Notstandsgesetze fortführen werden.

W. Abele

„Nicht auseinanderdividieren lassen“

Das Thema CSSR beherrschte Leipziger Arbeiterkonferenz

Die 28. Deutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig stand ganz unter dem Eindruck der Ereignisse in der CSSR und der verstärkten Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik. Mehr als 1300 Gewerkschafter waren der Einladung des Ständigen Ausschusses nach Leipzig gefolgt, und der größte Teil von ihnen nahm an der Arbeiterkonferenz teil, um sich mit den Gewerkschaftern aus der DDR auszusprechen.

Die stellvertretende Vorsitzende des FDGB, Dr. Hanna Töpfer, ging in ihrem Einführungsreferat von der These aus, daß die Arbeiter nur gewinnen können, wenn sie sich in der komplizierten Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus auf die Seite der Sozialisten stellen. Es läge im ureigenen politischen, sozialen und materiellen Interesse der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, wenn die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider deutscher Staaten gepflegt und verstärkt würden.

In ihren weiteren Ausführungen legte Hanna Töpfer dar, daß in der CSSR der Sozialismus durch eine konterrevolutionäre Entwicklung gefährdet gewesen sei und darum eine militärische Hilfestellung notwendig war. Aus einer Fülle von Beispielen verwies sie darauf, daß in diesem Jahr der Gewerkschaftsgegner Schleyer vom Flick-Konzern Prag besucht hätte, um für den „demokratischen Sozialismus“ Ratschläge zu erteilen. Der gleiche Schleyer sei im Jahre 1941 SS-Mann und leitender Mitarbeiter des Industriellenverbandes in Prag gewesen.

In einem zweiten Referat ging Fritz Sbosny aus Solingen ebenfalls auf die Vorgänge in der CSSR ein und meinte, daß die Erfahrungen der Arbeiterbewegung beweisen, daß es zwischen den Interessen des Rüstungskapitals und den Interessen der Arbeiterschaft

nichts Gemeinsames geben könne. Er wandte sich gegen jene, die in der CSSR plötzlich den Sozialismus verteidigen wollten und der Liberalisierung das Wort redeten, während sie in der Bundesrepublik die Notstandsgesetze durchsetzten. Sbosny, der während der Zeit von 1933 bis 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert war, appellierte an alle Gewerkschafter und Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition, sich bei aller Meinungsverschiedenheit über die Ereignisse in der CSSR nicht „auseinanderdividieren“ zu lassen.

In einem Schlußwort setzte sich der FDGB-Vorsitzende, Herbert Warnke, mit dem Standpunkt der Arbeiter im Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus auseinander. In der DDR, so sagte er, seien Sozialismus und Demokratie eng verbunden und die Wirtschaft diene einzig und allein den Interessen des Volkes. Er plädierte für die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei und sagte, wer in der Bundesrepublik Sozialismus wolle, habe im eigenen Lande ein weites Betätigungsfeld.

Die Arbeiterkonferenz endete mit der Annahme eines Appells (gegen drei Stimmen) an die Arbeiter und Gewerkschafter in der Bundesrepublik und lud zur 29. Arbeiterkonferenz für den 7. und 8. März 1969 nach Leipzig ein.

Dr. P.

Ostkontakte — mit welchem Ziel?

Verständigung — oder Aufweichung des Kommunismus?

Kontakte kann man nicht handhaben wie Röhrenembargo

Im Jahre 1967 haben sich die gewerkschaftlichen Ostkontakte zu mehreren sozialistischen Ländern Osteuropas gut entwickelt. Es ist den DGB-Gewerkschaften gelungen, nachdem sie ein zwanzig Jahre gehütetes Tabu beiseite schoben, eine Atmosphäre der Verständigungsbereitschaft und eine Verschärfung der gewerkschaftlichen Ost-West-Beziehungen herzustellen. Das gilt in gleichem Maße für die beteiligten sozialistischen Gewerkschaften. Nun aber, seit dem 21. August 1968, dem Tag des Einmarsches der fünf Nachbarländer in die CSSR, sind diese Beziehungen nach einem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes „unterbrochen“. Das wirft die Frage auf, wie es weitergehen soll.

Schon bald nach dem 21. August wurde deutlich, daß der Unterbrechungsbeschluß des DGB, an dessen Zustandekommen nicht alle Gewerkschaften beteiligt waren, nur geteilte Aufnahme fand. Die IG Druck und Papier, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die Deutsche Postgewerkschaft und andere sowie zahlreiche Regionalkonferenzen des DGB und der Gewerkschaften gaben zu verstehen, daß sie den Abbruch der angebahnten Verbindungen für falsch halten und eine Fortsetzung dieser Beziehungen anstreben. Eigentlich war es nur die IG Metall, die — unter dem unmittelbaren Eindruck der Prager Ereignisse — auf Drängen Otto Brenners die ganz harte Linie steuerte und beschloß, Kontakte zu den Gewerkschaften der beteiligten Länder erst wieder aufzunehmen, wenn in der CSSR Verhältnisse bestehen, wie sie vor dem 21. 8. 1968 herrschten.

Offensichtlich hatten nicht alle Gewerkschaftsfunktionäre dieselben Motive, als sie in den vergangenen Monaten in die sozialistischen Länder reisten und kommunistische Gewerkschafter in die Bundesrepublik einluden. Das erklärte Ziel der gewerkschaftlichen Ostbeziehungen besteht nach übereinstimmenden Aussagen der repräsentativen DGB- und Gewerkschaftsfunktionäre darin, Verständigung, Völkerverfreundschaft und Frieden zu fördern sowie die gesellschaftliche Wirklichkeit hüben und drüben aus erster Hand kennenzulernen. Es ging vor allem auch um das Studium der praktischen Gewerkschaftsarbeit unter den jeweiligen konkreten gesellschaftlichen Bedingungen.

Es ist nicht einzusehen, daß diese Anliegen gleich auf dem Altar der kalten Krieger geopfert werden müssen, wenn die politischen Maßnahmen der anderen Seite nicht nach dem eigenen Geschmack ausfallen. Hat man schon einmal darüber nachgedacht, daß auch die kommunistischen Gewerkschaften eine ganze Menge an der Politik unserer Regierung auszusetzen haben, etwa an den revanchistischen Gebietsforderungen und Grenzrevisionen? Realistisch denkenden Gewerkschaftern wird sofort klar, wenn sie einmal ihre Vorstellungskraft in diese Richtung lenken, daß man auf dieser Basis nicht gut vorankommen kann.

Otto Brenner und andere Gewerkschafter wollen, so scheint es, die gewerkschaftlichen Ostkontakte als politisches Druckmittel gegen die sozialistischen Länder benutzen, ähnlich wie Bonn den innerdeutschen Handel als Pressionsmittel gegen die DDR oder das Röhrenembargo gegen die Sowjetunion einsetzte. Wenn in der CSSR Verhältnisse hergestellt sind, die den Anhängern der „harten Linie“ im DGB genehm sind, soll es wieder Gewerkschaftskontakte zur Sowjetunion, zu Polen, Bulgarien und Ungarn geben. Woher weiß man eigentlich, daß man die mühsam angebahnten Ostkontakte beliebig in die Ecke schmeißen und — wenn sie in das eigene politische Konzept passen — wieder aufnehmen kann? Eine solche Überzeugung setzt eine sehr hohe Meinung von der permanenten Verständigungsbereitschaft und dem Friedensstreben „der Kommunisten“ voraus. Wenn man aber diese hohe Meinung hat, warum spricht man dann in Reden und Artikeln ganz anders?

Der verantwortliche Redakteur des Gewerkschaftsorgans „Druck und Papier“, Eugen Stotz, spricht im Grunde dasselbe Problem an, wenn er in der Ausgabe Nr. 19 vom 16. 9. 1968 fragt: „War unser Wille, Kontakte zu pflegen, Vorurteile abzubauen, die Verhältnisse im anderen Lande zu studieren, war das nur Opportunismus und eine neue Form des Gewerkschaftstourismus?“

Jetzt, im Lichte des Verhaltens mancher Gewerkschaftsfunktionäre während und nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei, scheint ein Umstand nachträgliche Bedeutung zu erlangen, dem man bislang geneigt war, nur Zufälligkeitsscharakter zuzubilligen: die Tatsache nämlich, daß die Ostkontakte „auf breiter Front“ erst einsetzten, nachdem die SPD in die Regierung eingetreten war und Willy Brandt seine „neue Ostpolitik“ einleitete. Wenn man nun erfährt, daß man in der Umgebung Brandts über das vorschnelle Einfrieren der Kontakte zu den sozialistischen Ländern durch einige Gewerkschaften gar nicht glücklich ist, weil man ihre Verbindungen im Rahmen des Bonner politischen Gesamtkonzepts zur Aufweichung der

kommunistischen Staaten und zur Isolierung der DDR gern nutzen möchte, so kann das zu einer schweren Belastung der ehrlichen gewerkschaftlichen Bemühungen um Verständigung führen.

Man kann wohl in der Frage der Ostkontakte der Gewerkschaften nunmehr, nach dem 21. August 1968, von zwei Strömungen unter jenen Kräften sprechen, die den Ost-West-Faden nicht einfach zerreißen wollen, sondern um eine Verstärkung und unverzügliche Pflege der Verbindungen bemüht sind: Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre wünscht einen ehrlichen Gedankenaustausch, will Zusammenarbeit und die sozialistische Wirklichkeit kennenlernen. Eine kleine, aber einflußreiche Minderheit jedoch versteht sich als „Transmissionsriemen“ der SPD bzw. des Auswärtigen Amtes in Bonn. Sie gedenkt die gewerkschaftlichen Verbindungen auszunutzen, um das kommunistische Lager auf schwache Stellen „abzuklopfen“, aufzuweichen und „Klischeevorstellungen über die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik abzubauen“.

Dieses trotz besserer Argumente für die Aufnahme von Ostkontakten gewiß nicht nur zufällig in Mode gekommene Wort vom „Abbau der Klischeevorstellungen“ veranlaßt auf dem Metall-Gewerkschaftstag in München den Delegierten Abele zu der Frage: „Sollen wir denn dort (in den sozialistischen Ländern) anders reden als hier auf dem Gewerkschaftskongreß? Sollen wir vielleicht sagen, daß bei uns kein Kapitalismus mehr herrscht? Oder sollten wir gar die braunen Westen einiger unserer Repräsentanten dort weiß waschen? Wir sollten mit aller Deutlichkeit klarmachen, daß wir uns durch nichts und von niemandem vor einen Karren spannen lassen, der woanders hinfährt, als er vorgibt.“

Tatsächlich besteht die Gefahr, daß jene Kräfte, die mit Ostkontakten den Kommunismus unterwandern wollen, immer dann das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn die andere Seite ihnen keine Chance gibt. Wer solche Ziele nicht hat, wird vernünftig genug sein, die Kontakte kontinuierlich zu pflegen und auszubauen mit dem Ziel, eine echte internationale Verständigung und Solidarität zum Nutzen der Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik zu erreichen. Es sollte der Sinn gewerkschaftlicher Beziehungen über die Grenzen des eigenen Landes hinweg sein, durch Information aus erster Hand Verständnis für die Probleme anderer zu entwickeln, um so zur Völkerverständigung beizutragen, aber auch, die internationale Arbeitersolidarität zu stärken. Das gilt für die Kontakte nach Westen und nach Osten. Nur so wird es leichter sein, den Machenschaften der inländischen und internationalen Kapitalistenklasse, von der Hintertreibung der sozialen Sicherheit bis zur Anzettlung von Kriegen, nachhaltiger entgegenzutreten.

Gerd Siebert

IG Metall: Mehr Mitbestimmung jetzt!

Betriebsnahe Tarifpolitik soll intensiver werden Münchener Gewerkschaftstag legte die Ziele fest

„Höchste gewerkschaftliche Aktivität“ zur Durchsetzung der Mitbestimmungsforderungen auf allen wirtschaftlichen Ebenen forderte Anfang September der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall in München. Die Mitbestimmung und die Tarifpolitik waren zwei wesentliche gewerkschaftspolitische Problemkreise, die neben allen anderen Fragen (vgl. „Kampf um den Kurs der IG Metall“, NACHRICHTEN Nr. 9/68) die Reden und Debatten beherrschten. Der Gewerkschaftstag forderte eine unabhängige und aktive Tarifpolitik sowie deren Ausrichtung auf die betriebliche Wirklichkeit.

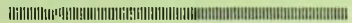
Zur Mitbestimmung wurden zwei Stellungnahmen verabschiedet: die von der Antragsberatungskommission formulierte EntschlieÙung Nr. VI und der Antrag Nr. 160 von der Verwaltungsstelle Duisburg. In der EntschlieÙung werden die vom DGB vorgelegten Gesetzentwürfe für die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen und für eine fortschrittliche Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes begrüÙt. Es sollen auch alle anderen, die Arbeitnehmer betreffenden Gesetze und Verordnungen in der Weise überarbeitet werden, daß eine geschlossene Mitbestimmungskonzeption im Sinne der gewerkschaftlichen Vorstellungen entsteht. Die diesbezüglichen Gesetzesvorschläge sollen nach dem Willen des Gewerkschaftstages „noch in dieser Legislaturperiode“ behandelt und verabschiedet, also nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Mit dem Antrag Nr. 160, der eigentlich als „erledigt“ betrachtet werden sollte, beschlossen die Delegierten, nach anfänglichen, dann jedoch zurückgestellten Bedenken der Antragsberatungskommission, eine notwendige Ergänzung der EntschlieÙung Nr. VI. Der Antrag gibt eine knappe und treffende Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse und fordert, darauf aufbauend, die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel zur Realisierung der Mitbestimmungsforderungen, die in einem Aktionsprogramm konkretisiert werden sollen. (Siehe nebenstehenden Auszug aus dem Antrag 160.)

In der Diskussion wurde von Delegierten nachdrücklich festgestellt, daß nun eigentlich die Zeit vorbei sei, in der man über Mitbestimmung nur rede; vielmehr müsse sie jetzt erkämpft werden, auch mit dem Mittel des Streiks. Der Zeitpunkt für die Verwirklichung der Mitbestimmung sei gekommen. Der Delegierte Malzkorn, Düsseldorf, unterstrich die Bedeutung einer „durchgehenden Mitbestimmungskonzeption“, vom Arbeitsplatz über die Aufsichtsräte bis hin zu den Organen der EWG. Neben der Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung müÙten die Gewerkschaften gleichzeitig und mit Nachdruck die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte

am Arbeitsplatz verfolgen, zum Beispiel mit Hilfe von Tarifverträgen. Malzkorn sagte weiter:

„Es ist notwendig, den Kollegen in den Betrieben die Wirkung und die



Aktionsprogramm und Kampf um Mitbestimmung

„Das Ausmaß der Konzentration in der Wirtschaft und in den Banken sowie deren Verfilzung mit dem Staat und seiner Bürokratie, die negativen Auswirkungen technischer Entwicklung für die Arbeitnehmer und die Forderung weiter Bevölkerungskreise nach verstärkter Demokratisierung der Gesellschaft, machen die Lösung dieser Aufgabe zum Kernproblem gewerkschaftspolitischen Handelns.

Um den jetzigen Zustand der permanenten Aushöhlung der bestehenden Mitbestimmung zu beenden und damit das gesteckte Ziel nach Erweiterung der Mitbestimmung nicht für Jahre auf Eis legen zu lassen, wird der Vorstand beauftragt, die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien erneut aufzufordern, noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz über die Erweiterung der Mitbestimmung zu verabschieden.

Gleichzeitig wird dem Vorstand aufgetragen, Maßnahmen vorzubereiten, um auch über den Abschluß von Tarifverträgen eine Erweiterung der Mitbestimmung durchzusetzen. Hierfür ist notwendig, unter Zugrundelegung der Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu dem Gesetzentwurf ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, das die Realisierung dieser Forderung zum Ziel hat. Dabei ist davon auszugehen, daß der Widerstand der Arbeitgeber höchste gewerkschaftliche Aktivität erfordern wird.

Mit der Forderung nach Erweiterung der qualifizierten Mitbestimmung muß der Grundsatz zum Prinzip erhoben werden, jede Möglichkeit wahrzunehmen, die jetzige Betriebshierarchie abzubauen und die wirtschaftliche und politische Macht der Konzerne einzuziehen.“ (Aus dem Antrag Nr. 160)

Bedeutung einer durchgehenden Mitbestimmungskonzeption aufzuzeigen, einer Mitbestimmung, die auch das Ziel haben muß, den Kolleginnen und Kollegen mehr Rechte an der Basis der Produktion zu bringen und so auch den einzelnen vor der Willkür und dem Objektdasein zu schützen. Wir können als Gewerkschafter nicht nur jahrelang diese Frage theoretisch diskutieren. Wir müssen sie durch gewerkschaftliche Aktionen durchsetzen und weiterentwickeln. Wenn es den Kollegen in den Betrieben klageworden ist, daß es um ihre Rechtspositionen am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesellschaft geht, sind sie bereit, Aktionen der Gewerkschaften — bis hin zum Streik — zu unterstützen.“

Die Bereitschaft der Mitglieder massen der IG Metall, für die Verwirklichung der Mitbestimmungsforderungen zu kämpfen, um diese Frage aus dem fortwährenden Debattierstadium in die Tat umzusetzen, ist das eine Ergebnis des Metall-Gewerkschaftstages. Ebenso vermittelte er auch die Erkenntnis, daß die Gewerkschafter um diesen Kampf nicht herum kommen werden. Das machten für Bundesregierung und SPD in ihren Begrüßungsworten Willy Brandt, Karl Schiller und Hans-Jürgen Wischniewski deutlich. Sie sagten praktisch nicht mehr, als daß sie auch für Mitbestimmung sind. Sie verwiesen auf den Beschluß des letzten SPD-Parteitages, der Gesetzesvorlagen zur Mitbestimmung gefordert hat. Mehr, etwa eine Entscheidung in Sachen Mitbestimmung, ist nicht vorgesehen. Brandt gab sogar zu verstehen, daß die SPD bei ihren Mitbestimmungsvorstellungen von den Entwürfen der Gewerkschaften nicht einfach „abschreiben“ könne, „so gut es auch vorgeschrieben sein mag“. Es könne auch passieren, daß die SPD mit ihren Vorstellungen im Bundestag „nicht durchdringt“. Dann müÙten die Gewerkschafter kämpfen wie früher, und zwar mit der SPD zusammen, die im nächsten Bundestag stärker sein müsse.

Da auch Wirtschaftsminister Schiller in der Mitbestimmungsfrage eine klare Aussage vermißte, dürfte feststehen, daß die SPD bis zum Ablauf der Legislaturperiode nicht mehr auf die Verabschiedung von Mitbestimmungsgesetzen drängen wird. Vielmehr wird schon auf die nächste Legislaturperiode (1969 bis 1973) orientiert. Bei dem quer durch die Regierungsparteien gehenden Widerwillen gegen die Mitbestimmung muß man mit einer äußerst zähen, inhaltlosen Taktik, jahrelangen Ausschußberatungen und immer neuen Entwürfen rechnen — wenn nicht durch den DGB und die Gewerkschaften schon jetzt glaubhaft gemacht wird, daß sie ein solches Narrenspiel nicht mitzumachen und für die Ver-

wirklichkeit ihrer Forderungen mit allen erlaubten Mitteln zu kämpfen gedanken.

Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall, nannte in seinem „Sicherheit und Fortschritt durch eine starke IG Metall“ betitelten Referat folgende „nächste Aufgaben“: Fortsetzung der aktiven Tarifpolitik; Mindesturlaub von vier Wochen; tarifvertragliche Regelung eines Bildungsurlaubs; tarifliche Sicherung der betrieblichen Sozialleistungen; Einführung eines 13. Monateinkommens; vermögenswirksame Leistungen zusätzlich zu den Lohn- und Gehaltserhöhungen. An Bundestag und Bundesregierung richtete er diese Forderungen: arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter; Aufhebung der noch bestehenden Versicherungspflichtgrenzen; Förderung der „Vermögensbildung“ für die unteren Einkommenschichten; Beendigung der mietentreibenden öffentlichen Maßnahmen; kein Abbau der Weihnachts- und Arbeitnehmerfreibeträge; Erhöhung der Kilometerpauschale von 36 auf 50 Pfennig; Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages von 240 auf 720 DM; höhere Besteuerung der Großeinkommen und Körperschaftsgewinne; Verbesserung der Strukturpolitik; Ausrichtung der staatlichen Sozialleistungen nach den sozialpolitischen Bedürfnissen und nicht nach finanzpolitischen Erwägungen; Altersruhegeld und Erwerbsunfähigkeitsrente in Höhe von 75 Prozent des Arbeitsentgelts; freie Wahl zwischen Rente oder Weiterarbeit ab 60. Lebensjahr und Erhöhung des Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeldes auf mindestens zwei Drittel des Bruttoarbeitseinkommens.

Was wird mit der betriebsnahen Tarifpolitik

Dieser umfassende sozial- und tarifpolitische Katalog widerspiegelt sich in den Forderungen und Beschlüssen des Gewerkschaftstages und ist damit Richtschnur für die gewerkschaftliche Aktivität auf diesen Gebieten. Eine Debatte gab es über die sogenannte betriebsnahe Tarifpolitik der IG Metall, die auch von dem für das Tarifwesen verantwortlichen Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Hans Mayr, in seinem Rechenschaftsbericht angesprochen und für weiterhin gültig erklärt wurde.

Einige Delegierte vermißten jedoch die notwendige diesbezügliche Aktivität des Vorstandes. Benno Feckler, Köln, machte die ungenügende Betriebsnähe der Tarifpolitik dafür verantwortlich, „daß während der Krise im vergangenen Jahr übertarifliche Lohn- und Gehaltsbestandteile sowie betriebliche Sozialleistungen rigoros abgebaut“ werden konnten. Regierung

und Unternehmer hätten die Wirtschaftskrise ohne Schaden überdauert, die Lasten aber einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Die betriebsnahe Tarifpolitik sehe jedoch vor, „daß auf der Grundlage von Öffnungsklauseln in den bezirklichen Tarifverträgen... mit Betriebs- und Leittarifverträgen oder aber durch Zusatzabkommen den Arbeitnehmern ein Rechtsanspruch auf die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter garantiert und daß die Arbeitsbedingungen und Lohnfindungsmethoden tarifvertraglich geregelt werden können“.

Es sei ein Zustand eingetreten, sagte Feckler weiter, daß Regierung, Kommunikationsmittel und Verbände auf Grund von volkswirtschaftlichen Daten der Gewerkschaft vorschrieben, was sie zu tun und zu lassen habe. „Das langsamste Schiff bestimmt im Geleitzug der Tarifpolitik das Tempo.“ Es müsse in der Tarifpolitik ein Un-

terschied sein, ob ein Unternehmen 15, 100 oder 25 000 Beschäftigte habe und welcher Branche es angehöre. Der Grundsatz für künftige Tarifpolitik müsse lauten: „So viel Betriebsnähe wie möglich, so viel Zentralismus, wie sich nicht vermeiden läßt.“ Die betriebsnahe Tarifpolitik wäre auch ein echter Beitrag zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz. „Die Arbeitnehmer würden durch sie erkennen, daß ihr Arbeitsplatz, ein erhöhter Lebensstandard sowie eine verbesserte berufliche Aus- und Weiterbildung nur durch eine umfassende Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft gesichert werden könnten.“

Es wird nunmehr Aufgabe der gesamten Organisation der IG Metall sein, die vielen richtigen Erkenntnisse und Beschlüsse des Gewerkschaftstages mit Entschlossenheit zu realisieren. Die sozialdemokratische Beteiligung an der Regierung hat den Kampf nicht erübrigt, sondern nur schwerer gemacht. G. S.

IG Chemie-Papier-Keramik stellt richtig

Die Pressestelle des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik hat uns aufgefordert, eine Berichtigung zu unserem Artikel über den Gewerkschaftstag der IG Metall zu veröffentlichen:

„Die in der Nr. 9 der NACHRICHTEN im Rahmen der Berichterstattung über den 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom Verfasser Gerd Siebert aufgestellte Behauptung, daß auf Betreiben von Vorstandsmitgliedern eine Erklärung der IG Chemie-Papier-Keramik nicht verteilt werden dürfte, in der ebenfalls auf diesen kurzfristig gangbaren Weg der Auflösung der NPD durch die Länderminister hingewiesen wurde, ist unrichtig.“

1. Es gab keine Erklärung der IG Chemie, die auf dem ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall verteilt werden sollte, also auch kein „Betreiben von Hauptvorstandsmitgliedern“ der IG Chemie oder der IG Metall...

2. Zwischen der IG Chemie und der IG Metall gibt es keine Meinungsverschiedenheiten bei der Behandlung der NPD-Frage. Die bindenden Beschlüsse beider Gewerkschaften sind eindeutig: Sie verlangen ein Verbot der NPD. Der außerhalb der Gewerkschaften propagierte Gedanke einer Auflösung der NPD als Nachfolgeorganisation der SRP stößt bei uns — abgesehen von der Bindung an unsere gewerkschaftlichen Beschlüsse — auf starke juristische und politische Bedenken.“

In dem Schreiben der Pressestelle der IG Chemie wird dabei von einer „verleumderischen Behauptung“ gespro-

chen. Den NACHRICHTEN liegt aber nichts ferner, als die Gewerkschaften zu „verleumden“ oder aber die IG Chemie gegen die IG Metall auszuspielen. Wir haben uns auf eine Information gestützt, die sich nunmehr als unzutreffend erwiesen hat. Wir bedauern, daß uns dieser Fehler unterlaufen ist. Die Redaktion

Oktober — Jugendmonat der IG-Metall

Wie alljährlich verstärkt die IG Metall im Monat Oktober besonders ihre Jugendwerbearbeit. Wie dazu das zuständige Vorstandsmitglied Georg Benz mitteilte, sind zahlreiche Veranstaltungen vorgesehen, in denen die IG Metall die Haltung der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder zu den wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen darstellen will. Als Auftakt fanden zwei große Veranstaltungen in Erlangen und Eßlingen statt, auf denen am 28. bzw. 29. September Georg Benz, der Münchener Bezirksleiter der IG Metall Erwin Essl und der neugewählte zweite Vorsitzende, Eugen Loderer, sprachen.

Wie Benz erklärte, werden im Mittelpunkt des diesjährigen Jugend-Werbecamons die Probleme der beruflichen Bildung stehen. Die wesentlichen Forderungen seien: ein einheitliches Berufsausbildungsgesetz; Ausbildung nur in anerkannten Ausbildungsbetrieben; Errichtung eines unabhängigen Instituts für Berufsausbildungsforschung; gleichberechtigte Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Berufsausbildung und Finanzierung der Ausbildung durch die Betriebe.

Gewerkschaft HBV profiliert sich

Kritische Debatte kennzeichnete den Gewerkschaftstag Kleine Organisation mit großem Wirkungsbereich

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) beging Mitte September 1968 mit ihrem 7. ordentlichen Gewerkschaftstag in Bremen zugleich ihr 20jähriges Gründungsjubiläum. In den vier Jahren seit dem Gewerkschaftstag 1964 erhöhte sich die Zahl der Mitglieder um 10 374 auf rund 140 000. Etwa 79 Prozent aller Mitglieder sind Angestellte, 51 Prozent sind Frauen und ein Fünftel ist unter 21 Jahre alt. So ist HBV eine dynamische Gewerkschaft, und der Bremer Gewerkschaftstag fand in einer sachlich-kritischen Atmosphäre statt.

Der wachsende, aber noch ungenügende Einfluß der Gewerkschaft HBV, in deren Wirkungsbereich über drei Millionen Arbeitnehmer beschäftigt sind, ist sicher — neben ihrer in den letzten Jahren beachtlich gestiegenen politischen Aktivität (z. B. Teilnahme am Kuratorium „Notstand der Demokratie“) — auch auf eine intensive und aktive Tarifarbeit zurückzuführen. In den hauptsächlichen Tarifbereichen konnten von Anfang 1964 bis Ende 1967 die Anfangsgehälter im Gesamtdurchschnitt um 26,4 Prozent, die Endgehälter um 21,4 Prozent erhöht werden. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit wurde bis Ende 1967 für alle Tarifbereiche auf 42,5 Stunden verkürzt.

In seiner Eröffnungsansprache hatte der Vorsitzende Heinz Vietheer erklärt, die Gewerkschaft HBV habe es vermocht, „sich ein Profil zu geben“. Die politische Aufgabenstellung der Gewerkschaften wurde von Vietheer in seinem Geschäftsbericht mit der Feststellung unterstrichen: „Wir sind keine Lohnmaschine.“ Die Gewerkschaften hätten die Verpflichtung, darüber zu wachen, welche Wege zu Fehlentwicklungen führen könnten, und gehörten in diesem Sinne „zu einer Art außerparlamentarischen Opposition“. Kritisch äußerte er sich zur Großen Koalition und kam zu dem Schluß, die Große Koalition habe zwar eine Menge getan, „aber keine Beispiele dafür geboten, daß ein Wiederholungsfall gerechtfertigt wäre“.

An Bundestag und Bundesregierung richtete der Gewerkschaftstag den „dringenden Appell, ein sofortiges Verbot und die Auflösung der neonazistischen NPD herbeizuführen“. Der Hauptvorstand wurde gebeten, „im DGB für machtvolle Aktionen gegen das Auftreten des Neonazismus in jeder Gestalt und für die Verteidigung der Demokratie einzutreten“.

Zu einer lebhaften Debatte führten die Anträge zum KPD-Verbot. Der HBV-Landesbezirksleiter von Bayern, Oskar Gesierich, erklärte, in einem demokratischen Rechtsstaat müsse der Programmwurf der KPD verteilt und diskutiert werden dürfen. Das Verbot sei empörend angesichts der Tatsache, daß die „National- und Soldatenzeitung“ frei erscheinen könne.

Der Kasseler Delegierte Nikolaus Damm erinnerte an die großen Blutopfer der KPD im Kampf gegen den Faschismus. Obwohl Heinz Vietheer angesichts der Situation in der CSSR einen positiven Beschluß für falsch hielt, wurde der Hauptvorstand mit 62:50 Stimmen beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bundesvorstand Bundestag und Bundesrat aufzufordern, der Gründung einer kommunistischen Partei, deren Programm und Tätigkeit das Grundgesetz respektieren, keinen Widerstand entgegenzusetzen und eine öffentliche Diskussion über den KPD-Programmentwurf zu ermöglichen.

In den Reden und Beschlüssen nahm selbstverständlich die Mitbestimmung einen bedeutenden Platz ein. Der Gewerkschaftstag forderte die Verstärkung der Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz und die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung. 61 der 393 Unternehmungen, für die der DGB die qualifizierte Mitbestimmung fordert, liegen im Organisationsbereich von HBV.

In der Frage der Notstandsgesetze beschränkte sich der Gewerkschaftstag auf einen Beschluß, der Aufklärung über diese Gesetze verlangt, um ihren Mißbrauch verhindern zu können. Kritisch wurde von der Delegierten Ingrid Schuster bemerkt, daß die sechs Bundestagsabgeordneten, die der Gewerkschaft HBV angehören, im Unterschied zur Haltung anderer Abgeordneter, den Notstandsgesetzen zustimmt haben.

Am ausführlichsten debattierte der HBV-Gewerkschaftstag die Frage der Weiterführung der gewerkschaftlichen Ostkontakte und der Einbeziehung des FDGB in diese Kontakte. Auch die Redner, die für eine Unterbrechung der Kontakte plädierten, wie der Vorsitzende Vietheer und die beiden Bundestagsabgeordneten Lotze, Landesbezirksleiter von Niedersachsen-Bremen, und Collet, Delegierter von Rheinland-Pfalz, bekannten sich grundsätzlich zu den Ostkontakten. Einige Redner sahen in ihnen jedoch so etwas wie eine Ergänzung zur Ostpolitik der Bundesregierung.

Mit 78 Stimmen bei 45 Gegenstimmen wurde schließlich beschlossen, wegen

der CSSR-Ereignisse die Kontakte zu unterbrechen, wobei der Hauptvorstand jederzeit die Möglichkeit der Wiederaufnahme hat. Eine knappe Mehrheit (58:51) fand der Antrag, den FDGB in die Kontakte einzubeziehen; er wurde als Material an den Hauptvorstand überwiesen. Auch der Antrag des Hauptjugendausschusses, der die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen beiden deutschen Staaten, die Aufgabe des „gegenseitigen Alleinvertretungsanspruches und den Austritt beider deutscher Staaten aus den Militärpakten fordert, wurde als Material an den Hauptvorstand überwiesen.

Der Gewerkschaftstag verurteilte die griechische Militärdiktatur und forderte die sofortige Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam.

Zahlreiche Beschlüsse faßte der Gewerkschaftstag zur Wirtschaft-, Sozial- und Tarifpolitik. In einem Vortrag hatte Prof. Dr. Burkhard Lutz das Thema „Die Angestellten im Zeitalter der Automation“ behandelt. In einer Entschließung forderte der Gewerkschaftstag, „daß die Rationalisierung und Automation sinnvoll geplant, kontrolliert und unter Ausschaltung von sozialen Härten angewandt wird“. Weiter forderte der Gewerkschaftstag Maßnahmen für eine gerechte Vermögensverteilung, die Fortsetzung der aktiven Tarifpolitik, die 40-Stunden- und 5-Tage-Woche sowie 4 Wochen Mindesturlaub. Er stimmte auch dem Antrag des Hauptvorstandes zu, Schlichtungsvereinbarungen anzustreben, und entschied sich für die weitere Teilnahme an der konzertierten Aktion, allerdings mit der Maßgabe, daß die Regierung ein „Programm zur Verwirklichung der ‚sozialen Symmetrie‘“ vorlegt und durchführt. Entgegen der Empfehlung der Antragskommission entschied der Gewerkschaftstag jedoch ferner, die Mitarbeit in der konzertierten Aktion einzustellen, „wenn nicht alsbald die Interessen der Arbeitnehmer stärker berücksichtigt und unverzüglich grundlegende gesellschaftspolitische Fragen gelöst werden“.

Der HBV-Gewerkschaftstag in Bremen machte deutlich, daß Qualität und Aktivität einer Gewerkschaft keineswegs von ihrer Größe abhängen. Wenn auch die Beschlüsse nicht immer von Widersprüchen und Halbheiten frei waren, so wurde mit ihnen doch die Grundlage für eine weitere erfolgreiche Arbeit dieser DGB-Gewerkschaft geschaffen. Der Tätigkeitsbereich von HBV wird mit der modernen Entwicklung der Wirtschaft noch umfangreicher werden. Ihr Einfluß wird wachsen, wenn sie mutig und realistisch die Fragen unserer Zeit anpackt, wie es Delegierte des Gewerkschaftstages immer wieder forderten. A. Böpple

DPG will Kontakte nicht abbrechen

Koblenzer Gewerkschaftstag fordert vom DGB Revision Für Mitbestimmung und aktivere Einkommenspolitik

Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft hat es abgelehnt, die gerade angebahnten Kontakte zu den Gewerkschaften sozialistischer Länder wegen der Vorgänge in der CSSR wieder abzubrechen. Der DGB wurde aufgefordert, seinen Beschluß über die Unterbrechung der Beziehungen zu sozialistischen Gewerkschaften aufzuheben. Außerdem forderten die Delegierten des Gewerkschaftstages, der Anfang Oktober in Koblenz tagte, vom DGB die Überprüfung des Verbots von Kontakten mit dem FDGB der DDR.

345 Delegierte vertraten auf dem Gewerkschaftstag 347 000 Mitglieder und entschieden über 1170 Anträge und Entschlüsse. Sie forderten die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre und erklärten sich mit den Gegnern des Vietnamkrieges solidarisch. Ein Beschluß fordert die „Entflechtung“ des Springer-Konzerns, ein anderer die Auflösung der NPD „durch Rechtsverordnung gemäß Artikel 139 des Grundgesetzes“.

Der Gewerkschaftstag fügte in die Satzung im Sinne des Artikels 20 Abs. 4 des Grundgesetzes das Recht jedes Gewerkschafters auf aktiven politischen Widerstand gegen die Beseitigung der demokratischen Grundordnung ein. Der entsprechende Verfassungssatz lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Der Gewerkschaftstag warnte, wie es zur Zeit die von der SPD-Zustimmung zu den Notstandsgesetzen ablenkende Linie des DGB ist, vor dem „Mißbrauch“ dieser Gesetze. Der wiedergewählte Gewerkschaftsvorsitzende Stenger gab dieser Parole noch dramatische Akzente, indem er ankündigte: „Wir als Deutsche Postgewerkschaft garantieren jedermann, der versuchen wird, in diesem Staat aus seiner Regierungsgewalt Notstandsgesetze mißbräuchlich anzuwenden, daß wir ihm die Nachrichtenwege abschalten werden.“ Der Hauptvorstand der DPG will mit den Methoden der Planspiele dafür sorgen, daß diese Maßnahme im Ernstfalle funktioniert.

So richtig die Vorbereitung einer derartigen Widerstandssaktion zur Verteidigung der Demokratie natürlich ist, so ändert ihre Ankündigung nichts daran, daß der gegenwärtige und sofortige Kampf gegen die Notstandsgesetze und ihre Befürworter damit aufgegeben wurde. Es geht aber darum, den Abgeordneten, die für die Notstandsgesetze gestimmt haben, eine demokratische Lehre zu erteilen und ihre Wiederwahl in den Bundestag zu verhindern bzw. solche Volksvertreter zu wählen, die für die Annullierung dieser Gesetze eintreten wollen.

Großen Raum nahm in den Beratungen des Gewerkschaftstages die Tarifpoli-

tik ein. Die schlechte Bezahlung, mangelhafte Arbeitsbedingungen und die teilweise als ungerecht empfundene Rechtsstellung der Postbediensteten wurden heftig kritisiert. Es fiel das Wort „Hungerlöhne“, und für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Tarifforderungen wurden härtere Kampfmaßnahmen, einschließlich Streik,

Jugend für bessere Gesellschaft

Landesbezirksjugendkonferenz des DGB in Osnabrück

Ende September führte die DGB-Jugend des Landes Niedersachsen und der Hansestadt Bremen in Osnabrück ihre Landesbezirksjugendkonferenz durch, die unter dem Motto stand: „Jugend von heute — Gesellschaft von morgen.“ 49 ordentliche Delegierte vertraten 76 000 junge Gewerkschafter. Die Konferenz entschied über 73 Anträge sowie 9 Initiativanträge und Entschlüsse, die noch im Verlauf der Beratungen eingebracht wurden.

In seinem Einführungsreferat begrüßte das Mitglied des Landesbezirksvorstandes des DGB Meino Nielsen die politische Aktivität der Jugend in den letzten Monaten. Er kritisierte, daß die Lehrlinge „heute im 20. Jahrhundert noch immer nach Methoden des 19. Jahrhunderts ausgebildet“ werden, daß es nach wie vor noch keine Mitbestimmung in der Berufsausbildung gibt und daß in unserer Gesellschaft immer noch „Ruhe und Ordnung gleich Zucht“ sind. Die Delegierten wurden von dem Sprecher aufgefordert, gemeinsam mit Gewerkschaften dafür einzutreten, daß die Betriebsjugendvertreter „ordentlichen Sitz und Stimme im Betriebsrat erhalten und endlich die langjährige Forderung der Gewerkschaft nach Kündigungsschutz für Betriebsjugendvertreter erfüllt“ wird. Auch in den Gewerkschaften sei es Aufgabe der Jugend, „Hecht im Karpfenteich“ zu sein. Nur mit Hilfe der Jugend sei es möglich, die Grundlagen für die Gesellschaft von morgen zu schaffen.

Die Landesjugendkonferenz forderte in ihren Beschlüssen u. a., die Ent-

verlangt. Die DPG hat die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. Dezember 1968 gekündigt und deren Anhebung um mindestens 8 Prozent gefordert.

Einstimmig nahmen die Delegierten einen Antrag an, in dem der Vorstand detailliert seine Forderungen zur Ausweitung der Mitbestimmung bei der Bundespost dargelegt hat. Danach sollen u. a. die Beteiligungsrechte der Personalräte so weit verstärkt werden, daß sie bei allen engeren und weiteren sozialen Angelegenheiten der Beschäftigten eine Mitentscheidung haben. Über die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes hinaus wird u. a. eine paritätische Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Bundespost aus jeweils 12 vom Bundestag und von den Gewerkschaften ernannten Vertretern angestrebt. Hinzu soll ein weiteres Mitglied kommen, auf das sich beide Gruppen zu einigen haben.

K. K.

scheidung des Bundesvorstandes des DGB über den Abbau der Jugendsekretäre rückgängig zu machen; die Bildungsarbeit zu verbessern und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen; Solidarität mit der Ostermarschbewegung und die organisatorische Unterstützung des Marsches; Sitz und Stimme für Betriebsjugendvertreter im Betriebsrat. Weitere Forderungen sind: Bildungsurlaub von zwei Wochen pro Jahr für alle Arbeitnehmer; gezielte Aktionen zur Durchsetzung eines einheitlichen, fortschrittlichen Berufsausbildungsgesetzes.

Im politischen Bereich forderte die Konferenz: Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters; Durchführung von Antikriegskundgebungen am 1. September; Verurteilung der US-Aggression in Vietnam sowie keine Unterstützung dieses Krieges durch die Bundesregierung; Verbot der NPD und Verhinderung des Neofaschismus durch Veränderung der gegenwärtigen Politik; Widerstand gegen die Verwirklichung der Notstandsgesetze; Gewerkschaftskontakte zu allen Staaten des Warschauer Paktes; keine Beteiligung der Gewerkschaften an der konzertierten Aktion; Aufhebung des KPD-Verbotes.

Der Verlauf der Konferenz und ihre Ergebnisse haben — wie das der Landesbezirksjugendsekretär Dieter Wiarek in seinem Schlußwort unterstrich — deutlich gemacht: Die junge Generation ist bereit, Verantwortung zu übernehmen, die Kriegsgefahr zu bannen und für die Erhaltung der demokratischen Grundrechte einzutreten.

-GG-

Kritik am Partnerschaftskurs

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil — Bekleidung Schwache gesellschaftliche und politische Aussage

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der 311 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) Mitte September 1968 in West-Berlin war durch harte Kritik der Delegierten an der Politik des geschäftsführenden Hauptvorstandes gekennzeichnet. Die Delegierten beschlossen u. a., den Kampf um die Mitbestimmung zu verstärken, einen Mißbrauch der Notstandsgesetze mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern und auf die konzentrierte Aktion mit einer eigenen wirtschaftlichen Zielprojektion einzuwirken. Einmütig wurde das Verbot der NPD gefordert.

In dem mündlich vorgetragenen Geschäftsbericht hatten der Vorsitzende, Karl Buschmann, und andere Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes eine Linie entwickelt, die einer konsequenten Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten der Textil- und Bekleidungswirtschaft entgegensteht und auch dem DGB-Grundsatzprogramm widerspricht. Obwohl in den drei Jahren seit dem letzten Gewerkschaftstag mehr als 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter dieses Wirtschaftsbereiches ihren Arbeitsplatz verloren, die Reallohnne insbesondere durch rigorosen Abbau überbetrieblicher Zulagen zurückgingen und Zehntausende zur Kurzarbeit verurteilt waren, behauptete Buschmann, die „konzertierte Aktion“ mit den Unternehmern habe sich „durchaus bewährt“. Er redete einer „Politik der Versachlichung der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ das Wort und setzte sich für die Anerkennung der Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor des Staates“ ein.

Angesichts der sozialreaktionären Politik des Großkapitals behauptete er, die Unternehmer wären aus Feinden von gestern zu Partnern von heute geworden, und der früher geknechtete Arbeitnehmer sei heute ein gleichberechtigter Staatsbürger. Offenbar hat Buschmann den Ehrgeiz, dem Partnerschaftskurs des früheren Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, nachzueifern. Buschmann erhielt dabei durch mehrere Bundesminister Schützenhilfe. Katzer von der CDU, Schiller und Brandt von der SPD warben in längeren Begrüßungsreden darum, daß auch die Gewerkschaften wie die SPD-Führung in der Großen Koalition einen Gemeinsameitskurs vertreten und keine Kampforganisationen mehr sein sollten. **Zugleich versuchten die Minister im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl, den Gewerkschaftstag in eine Wahlversammlung für die Regierungsparteien umzufunktionieren.** Brandt versprach die Mitbestimmung, Schiller kündigte Vermögenspläne an und Katzer die Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfall.

Der Delegierte Hans Schmelzer aus Mönchen-Gladbach hielt dem Bekenntnis Buschmanns zu „diesem Staat“

entgegen, daß die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik dem Willen der Gewerkschaften entgegenstehen. „Die Feinde der Arbeitnehmer von damals haben schon der Weimarer Republik den Todesstoß versetzt und sind auch heute noch die Feinde des sozialen Rechtsstaates. Ihre Zahl mag gering sein, aber sie haben die Basis der wirtschaftlichen und politischen Macht.“ Er erhob die Forderung, daß der Einfluß der Gewerkschaften im vorparlamentarischen Raum größer werden muß.

Mehrere Delegierte kritisierten den Hauptvorstand, weil er Aktionen gegen die Notstandsgesetze verhindert habe. Peter Tümmers aus Krefeld forderte die Delegierten auf, bei den kommenden Bundestagswahlen den Notstandsbeifürwortern keine Stimme zu geben. Ferner rief er dazu auf, sich aus „den Fesseln des konzertierten Verhaltens zu lösen und eine nur an den Arbeitnehmerinteressen orientierte aktive Lohnpolitik zu betreiben... Lohnfragen sind Machtfragen und keine Handelsobjekte, deren Wert mit Orientierungsdaten zu messen ist.“

Die vom geschäftsführenden Vorstand praktizierte Politik der „Versachlichung“ und das Bestreben, „Ordnungsfunktionen im Staat“ zu erhalten, habe bei den Unternehmern keine Gegenliebe gefunden, erklärte Robert Traubald aus Mündberg in Bayern. Mehrere Sprecher prangerten an, wie die Unternehmer während der Krise gerade ältere Arbeitnehmer massenhaft entlassen haben.

Eine Quittung für den Partnerschaftskurs erhielt Buschmann bei den Wahlen. Er bekam nur 138 von 205 abgegebenen Stimmen. Bezeichnend für die unzureichende Demokratie innerhalb der Gewerkschaft ist die Tatsache, daß zwar der Anteil der Frauen und Mädchen 54 Prozent beträgt und diese auch 40 Prozent der Betriebsräte stellen, der geschäftsführende Vorstand sich aber nur aus Männern zusammensetzt. Offensichtlich hat die „Proporz-Praxis“, der Kuhhandel zwischen SPD und CDU um Plätze in den Vorständen — darüber wurde in den Wandelgängen lebhaft diskutiert —,

verhindert, daß die fähigsten Kollegen und Kolleginnen gewählt wurden.

Die politischen Aussagen des Gewerkschaftstages blieben hinter anderen Kongressen weit zurück. Weder die Forderung zur Beendigung des Krieges in Vietnam wurde erhoben noch wurden die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Annullierung des Münchner Abkommens oder eigene Abrüstungsmaßnahmen von der Bundesregierung verlangt. Statt dessen hat die Mehrheit des Gewerkschaftstages die Ereignisse in der CSSR unter dem Eindruck des besonders in den Begrüßungsreden Bonner Minister hochgepeitschten Antikommunismus verurteilt. Andererseits jedoch billigte der Gewerkschaftstag einen Beschluß, der Kontaktaufnahmen zu den Gewerkschaften sozialistischer Länder möglich macht.

Zum Thema „Sozialer Rechtsstaat — Auftrag und Verpflichtung“ referierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt. Er vertritt die GTB vor dem Bundesverfassungsgericht, das auf Antrag der Gewerkschaft erklären soll, ob die GTB in ihren Tarifverträgen Bestimmungen aufnehmen darf, nach denen die Unorganisierten von den Leistungen aus den Verträgen ausgeschlossen werden.

Arndt attackierte die gegenteiligen Urteile von Arbeitsgerichten und verwahrte sich dagegen, daß der Versuch unternommen wird, die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer „auseinanderzudividieren“. Weiter führte er aus, daß nach dem Grundgesetz die Gewerkschaften die Aufgabe haben, Macht zu suchen und zu bilden. Darum verstoße ihr Kampf um die Mitbestimmung nicht gegen das Grundgesetz, sondern sei für die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates notwendig. Einerseits stellte sich Arndt in Gegensatz zu Buschmann, als er von einem fundamentalen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sprach, andererseits entwickelte er eine partnerschaftliche Alternative, indem er ausführte, mit der Mitbestimmung müsse die Gegnerschaft zwischen Arbeit und Kapital „erträglich“ gemacht werden.

Große Illusionen herrschten unter den Delegierten auch über die Wirtschaftspolitik Schillers.

Bei allen positiven Seiten des Gewerkschaftstages, die besonders in der sachlich-kritischen Atmosphäre und in mehreren den Interessen der Arbeiter und Angestellten entsprechenden Beschlüssen zum Ausdruck kamen, darf nicht übersehen werden, daß in wesentlichen Fragen, wie Mitarbeit in der konzertierten Aktion, sich eine Übereinstimmung mit der Politik der Regierung der Großen Koalition zeigte und der Anpassungstrend des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Textil-Bekleidung nicht aufgehalten werden konnte.

Dr. P.

IG Druck wählt neuen Vorsitzenden

Themen von der Tarifpolitik bis zu Ostkontakten beschäftigen den 8. Gewerkschaftstag in Koblenz

Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der vom 20. bis 26. Oktober in Koblenz stattfindet, hat über 388 Anträge zu beschließen, die das gesamte Spektrum von den Organisationsfragen über die Tarif- und Sozialpolitik bis zu den politischen Fragen zum Inhalt haben. Der Gewerkschaftstag wird auch einen Nachfolger für den verstorbenen 1. Vorsitzenden Heinrich Bruhns wählen.

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat eine Entschließung zur künftigen Tarifpolitik vorbereitet, die eine „gemeinsame Tarifpolitik aller im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinten Gewerkschaften“ fordert. Durch eine aktive Tarifpolitik soll der Lebensstandard der Arbeitnehmer ständig verbessert werden. Im Bereich der Manteltarifverträge strebt die Gewerkschaft nach Vereinbarung von vier bis sechs Wochen Jahresurlaub, eines zusätzlichen Urlaubsgeldes in Höhe von 50 Prozent des Lohnes bzw. Gehalts, eines Weihnachtsgeldes in gleicher Höhe und besserer Schutzmaßnahmen bei Rationalisierung. Zu den tarifpolitischen Schwerpunkten zählt die Gewerkschaft die Einführung der echten Fünf-Tage-Arbeitswoche, die Bemessung des Urlaubs nur nach Arbeitstagen und die Vereinbarung zusätzlicher vermögenswirksamer Leistungen.

Ein Antrag des Landesbezirks Nordmark fordert die „aktive datenorientierte Lohnpolitik“, von der angeblich eine „Umstrukturierung der Einkommensverhältnisse“ ausgehen soll. Mit ihr könne man zu einer Veränderung der Verteilung des Sozialprodukts zugunsten der Arbeitnehmer gelangen, heißt es in dem Antrag. Daß jedoch gerade die datenorientierte Lohnpolitik zu einer Zementierung der gegenwärtigen Relationen der Einkommensverteilung führt, wird in dem Antrag völlig ignoriert. Die sogenannte „datenorientierte Lohnpolitik“ ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Umschreibung der Schillerschen Politik der „Orientierungsdaten“ für die gewerkschaftliche Tarifpolitik.

In den Anträgen zu Fragen der Politik werden die USA wegen des Völkermords in Vietnam verurteilt. Die Bundesregierung soll ihre Rüstungsausgaben reduzieren, die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anerkennen sowie die NPD auflösen, was nach Artikel 21 und 139 des Grundgesetzes möglich und notwendig sei. Der Hauptvorstand wird aufgefordert, in der Organisation und in den Betrieben eine sachliche Aufklärungsarbeit über die Zielsetzungen der Außenparlamentarischen Opposition (APO) zu leisten. DGB und die Gewerkschaften müßten künftig die Ostermärsche unterstützen. Drei Anträge fordern von der Bundesregierung die Aufhebung des KPD-Verbots.

In mehreren Anträgen werden die von der IG Druck und Papier angebahnten Gewerkschaftskontakte zu sozialistischen Ländern Osteuropas begrüßt. Sie sollen künftig ausgedehnt werden.

Land- und Forstarbeiter beraten

Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft steht unter dem Druck der fortwährenden „Landflucht“. Infolge der fortschreitenden Konzentration in der Landwirtschaft und als Ergebnis von laufenden Rationalisierungsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau verringern sich die von der GGLF betreuten Lohnarbeitskräfte ständig. Das bringt für die Gewerkschaft, die vom 13. bis 16. Oktober 1968 ihren 8. ordentlichen Gewerkschaftstag in Erbach im Odenwald durchführt, harte Existenzprobleme mit sich.

Die Zahl der in allen Landkrankenkassen des Bundesgebietes pflichtversicherten Männer und Frauen ging von 353 987 im Jahre 1956 auf nur noch 139 597 im Jahre 1967 zurück, das ist eine Abnahme von 60,5 Prozent. Die Entwicklung dürfte in jenen Gebieten, in denen es keine Landkrankenkassen gibt, nicht anders verlaufen sein. Da in diesen zehn Jahren der Mitgliederbestand der GGLF nur um 36,6 Prozent geschrumpft ist, hat sich das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis unter den ländlichen Arbeitnehmern deutlich verbessert. Das ist zweifellos ein Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit.

Dennoch hat die GGLF mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die notwendige Arbeit aufrecht erhalten zu können. Die Fragen der Beitragshöhe und der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter spielen auf dem Gewerkschaftstag, wie die Anträge widerspiegeln, eine wichtige Rolle. Der Hauptvorstand strebt seine eigene Reduzierung von zur Zeit fünf auf nur noch drei Mitglieder an. Für den aus Altersgründen ausscheidenden langjährigen Vorsitzenden Helmut Schmalz schlägt der geschäftsführende Hauptvorstand das Vorstandsmitglied Lappas vor.

Neben den Organisationsfragen stehen auch tarif- und sozialpolitische Probleme zur Erörterung, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, die Zahlung von Anpassungshilfen bei Rationalisierungsbedingtem Ausscheiden von Arbeitnehmern, die Herabsetzung des Rentenbezugsalters auf 60 Jahre, eine bessere Regelung der Arbeitslosenunterstützung usw.

Ausdrücklich wird die Einbeziehung des FDGB der DDR in diese Kontakte verlangt; der DGB wird aufgefordert, dem entgegenstehende Beschlüsse aufzuheben. In dem zu dieser Frage vom Hauptvorstand selbst eingereichten Antrag wird der DGB aufgefordert, auf dem Kongreß 1969 in München eine entsprechende Entscheidung zu fällen.

Ein vom Hauptjugendausschuß gestellter Antrag erklärt die Beteiligung der Gewerkschaften an der konzertierten Aktion Prof. Schillers als unvereinbar mit den Forderungen im Grundsatzprogramm des DGB. Weitere Anträge fordern die Erweiterung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Unternehmensbereich, ferner wirksame Schritte zur Unterbindung von Meinungsmonopolen im Pressewesen. -ert

Die in der September-Nummer des Gewerkschaftsorgans „Der Säemann“ veröffentlichten Anträge an den Gewerkschaftstag enthalten nur einen politischen: die Forderung nach Beibehaltung des 17. Juni als Feiertag. Die Anträge 90 bis 94 fielen dem „Einmarsch der Truppen einiger Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR“ zum Opfer, denn die vorbereitende Kommission des Gewerkschaftstages „hielt angesichts dieser Entwicklung eine Veröffentlichung der genannten Anträge für nicht zweckmäßig“. Wie wir von Funktionären der GGLF erfahren, hat diese Zensur der Vorbereitungskommission in der Organisation heftige Diskussionen und Unmutsäußerungen ausgelöst. Die Mitglieder und Funktionäre der GGLF fühlten sich wie unmündige Kinder behandelt. Der Grund für die Nichtveröffentlichung der Anträge: sie fordern Ostkontakte. Inzwischen mußte der Abdruck der fünf Anträge im Oktober-Heft des „Säemann“ nachgeholt werden.

An wichtigem Diskussionsstoff fehlt es also dem Erbacher Gewerkschaftstag der GGLF nicht. Es wäre zu wünschen, daß auf dem Kongreß selbst noch in Form von Initiativanträgen die in den Anträgen vernachlässigte Aussage zur allgemeinen Politik nachgeholt wird. Denn wir leben nicht in einer apolitischen Welt, und es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, über den tarifpolitischen und sozialen Bereich hinaus auf die Lösung der politischen Fragen Einfluß zu nehmen, weil sie nur so die Bedingungen mitgestalten können, unter denen sie wirken. Sb.

Nur 6 Prozent?

Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller hat auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in München sein „Orientierungsdatum“ für die gewerkschaftliche Lohn- und Gehaltspolitik für 1969 genannt: „Über 6 Prozent Tariflohnsteigerung.“ Für das laufende Jahr sollte es nach dem Willen Schillers und der Arbeitgeberverbände „zwischen 4 und 5 Prozent“ liegen.

Die Praxis hat bewiesen, daß Prof. Schiller in der konzertierten Aktion und in der Öffentlichkeit alle Register der Beeinflussungsmöglichkeiten zieht, um die Gewerkschaften an diese Zahlen zu binden. Die lähmende Wirkung der praktisch mit Staatsautorität ausgestatteten „Orientierungsdaten“ auf die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit und damit auf die Tarifautonomie ist nicht zu bestreiten. Prof. Schiller selbst hat in einem Interview mit der „Welt“ vom 16. 9. 1968 eingestanden, daß die durchschnittlichen Tariflohnsteigerungen dieses Jahres nur „an der unteren Grenze“ dieser Leitlinie geblieben sind.

Die Befürchtung vieler Gewerkschafter daß Leitlinien in der Lohnpolitik immer als Obergrenze verstanden und bei dem Kompromißcharakter von Lohn- und Gehaltskämpfen nicht erreicht werden, hat sich bestätigt. Die Auswertung der neuesten statistischen Daten ergibt, daß die Einkommen der Arbeitnehmer im ersten Halbjahr 1968 um durchschnittlich 3,5 Prozent gestiegen sind. Da aber die Zahl der Beschäftigten ebenfalls anstieg, ist die Verbesserung des Pro-Kopf-Verdienstes der Arbeitnehmer geringer; sie dürfte tatsächlich unwesentlich höher sein als die 2,7 Prozent, die kürzlich vom DGB für die ersten Monate dieses Jahres errechnet wurden. Gleichzeitig sind die Unternehmereinkommen im ersten Halbjahr um 20 (!) Prozent gestiegen, bei einem arbeitsständlichen Produktivitätsanstieg in der Industrie von 9,1 Prozent.

Hier zeigt sich, was die Kritiker seit Bestehen der Großen Koalition meinten, wenn sie von einer den Profitinteressen der Monopole dienenden Wirtschaftspolitik Schillers sprachen, in die mit eben diesem Ziel auch die konzertierte Aktion eingebettet ist.

Wenn der Wirtschaftsminister jetzt 6 Prozent für 1969 propagiert, so ist das wiederum ein unzulässiger Eingriff in die Tarifautonomie, der den Unternehmern und nicht den Gewerkschaften hilft. Wenn schon „Orientierungsdaten“, dann können es für die Gewerkschaften nur folgende sein: Produktivitätszuwachs plus Preisentwicklung plus Lohnrückstand 1968! Dabei dürften für das nächste Jahr nicht 6, sondern zwischen 8 und 10 Prozent herauskommen. Sb.

ÖTV: Um Weihnachtsgeld und Lohn

Am 30. Juni 1968 hatte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr die Zuwendungstarife gekündigt, um sicherzustellen, daß die Weihnachtiszuschüsse im öffentlichen Dienst zum 30. November 1968 ausgezahlt werden können. Nach einem Vorgespräch im September werden nun endlich am 7. Oktober die Verhandlungen über die Zahlung eines Monatsverdienstes zwischen den Gewerkschaften ÖTV und DAG auf der einen und dem Bund, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber auf der anderen Seite aufgenommen. Beim Abschluß des noch gültigen Tarifvertrages über die Zahlung eines Drittel-Monatsverdienstes im Herbst 1964 hatten die öffentlichen Arbeitgeber zugesagt, zu einem späteren Zeitpunkt das volle 13. Monatseinkommen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu gewähren. In der Zusammenkunft am 19. September 1968 erklärte jedoch Staatssekretär Grund vom Bundesfinanzministerium, daß wegen der „angespannten Haushaltslage“ für 1968 in dieser Richtung „nichts drin“ sei.

Entsprechend der Empfehlung des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV hat Anfang September die Große Tarifkommission der Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes zugestimmt. Die Tarifverträge waren Ende 1967 erst nach einer Streikurabstimmung zustande gekommen und sind zum 31. Dezember dieses Jahres kündbar. Angesichts der geringfügigen Lohn- und Gehaltsaufbesserung um 3,5 Prozent für 1968 und der verbesserten wirtschaftlichen Lage haben die Gewerkschaft ÖTV und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8 Prozent gefordert.

Auch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und die Deutsche Postgewerkschaft haben die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. 12. 1968 gekündigt und ebenfalls eine Einkommensaufbesserung um 8 Prozent verlangt. -us-

IG Druck verhandelt über Manteltarifverträge

Im graphischen Gewerbe und in der Papierverarbeitungsindustrie laufen die im Sommer von der IG Druck und Papier gekündigten Manteltarifverträge zum Jahresende aus. Für den Bereich der papierverarbeitenden Industrie waren die Verhandlungskom-

missionen der Unternehmer und der Gewerkschaft am 13. September 1968 in Frankfurt zusammengekommen, um die Forderungen zu beraten. Am 14. Oktober werden Verhandlungen über die Verbesserung des Manteltarifvertrages im graphischen Gewerbe fortgesetzt.

Die drei Hauptforderungen der Gewerkschaft sind: 1. Einführung der echten Fünf-Tage-Woche, also Verteilung des Jahresurlaubs und seine abschließliche Ausrichtung nach dem Lebensalter; 3. Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes auf 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes.

Die Konzeption der Unternehmer sowohl in der Papierverarbeitung als auch in der graphischen Industrie läuft darauf hinaus, wie am 12. 9. 1968 der „Kurz-Nachrichten-Dienst“ der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände schrieb, durch eigene Anträge zur Änderung der Manteltarife „die Änderungsvorschläge untereinander so abzuwägen, daß insgesamt der materielle Besitzstand der Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe gewahrt bleibt“. Das heißt mit anderen Worten, daß nach dem Willen der Arbeitgeber bei den Verhandlungen über die Manteltarifverträge keine materiellen Verbesserungen für die Arbeiter und Angestellten herauskommen sollen.

Tarifverhandlungen in der Seefahrt gescheitert

Die Gewerkschaften ÖTV und DAG haben die Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Reeder und dem Verband Deutscher Küstenschiffer über Tarifverbesserungen für die rund 45 000 Kapitäne und Besatzungsmitglieder der Seeschifffahrt für gescheitert erklärt. Diesen Beschluß haben die Tarifkommissionen der beiden Gewerkschaften am 30. September in Hamburg gefaßt, nachdem die Verhandlungen unmittelbar zuvor ohne Ergebnis geblieben waren.

ÖTV und DAG hatten im Sommer die Tarifverträge zum 31. Dezember 1968 gekündigt und eine umfassende Urlaubs- und Freizeitregelung sowie eine Anhebung des Heuervolumens um 8 Prozent gefordert. Die gewerkschaftliche Seite hat sich für den Abbruch der Verhandlungen entschieden, weil sie befürchtet, daß die Gespräche verschleppt werden sollen und eine rechtzeitige Regelung bis Jahresende nicht mehr zustande kommt. Jetzt muß das Schlichtungsverfahren eingeleitet werden. Das Reeder-Angebot auf eine Erhöhung der Heuern um 3 Prozent wurde als unzureichend zurückgewiesen.

Die Lage in der Stahlindustrie

Zunehmende 'Freisetzungen' bei Produktivitätssteigerung Nur bescheidene Erfolge in der Tarifpolitik

Die westdeutschen Hütten- und Stahlwerke haben in den ersten sieben Monaten 1968 insgesamt 23,24 Millionen Tonnen Rohstahl erschmolzen. Das bedeutet gegenüber 1967 mit 20,96 Millionen Tonnen eine Produktionssteigerung um 11,8 Prozent. Obwohl die Eisen- und Stahlindustrie mit einem Rohstahlausstoß von voraussichtlich mehr als 40 Millionen Jahrestonnen einem neuen Produktionsrekord entgegensteuert, wollen die Existenzsorgen der Stahlarbeiter nicht abreißen.

Wie in der Vergangenheit ist es auch heute die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die unter den Belegschaften der Hütten-, Stahl- und Walzwerke grassiert. Nach einer Untersuchung der IG Metall wird die permanente Freisetzung von Arbeitskräften auch künftig eines der Hauptprobleme in der westdeutschen Stahlindustrie bleiben. Die Gewerkschaft rechnet damit, daß jährlich durchschnittlich 15 000 Arbeiter und Angestellte aus der Produktion ausscheiden müssen. Diese Entwicklung, so stellt die IG Metall in dem Geschäftsbericht ihres Düsseldorfer Zweigbüros für die Eisen- und Stahlindustrie fest, werde mindestens bis 1975 anhalten und nur von konjunkturellen Schwankungen überlagert werden.

Was das bedeutet, liegt klar auf der Hand: Mindestens weitere 100 000 Stahlarbeiter sollen einer verfehlten Wirtschafts- und Unternehmenspolitik sowie dem Streben der Stahlkonzerne nach Maximalprofiten geopfert werden. Dabei haben die Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie bereits in der Vergangenheit große wirtschaftliche und soziale Opfer bringen müssen, die von den Herrschenden in Wirtschaft und Staat mit der Stahlflaute und dem technischen Umwandlungsprozeß kaschiert wurden. Allein innerhalb der letzten 2½ Jahre haben 40 000 Stahlarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren; das entspricht einer Reduzierung der Gesamtbelegschaft um 11 Prozent. Dazu kamen Kurzarbeit, Umbesetzungen sowie Abbau der Löhne und Sozialleistungen, wodurch die soziale Lage des Gros der Arbeiter erheblich beeinträchtigt wurde.

Tarifpolitisch gab es seit 1964 nur bescheidene Fortschritte. Lichtblicke waren lediglich das Abkommen über die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Vereinbarung zur tariflichen Absicherung der Sonderzuwendungen in Höhe von 50 Prozent eines Monatsverdienstes. Die Tarifloohnerhöhung von Anfang 1965 um nominell 7,5 Prozent reichte nach einer Periode der Lohnpausen gerade dazu aus, die inzwischen eingetretenen Kaufkraftverluste zu absorbieren. Das hatte zur Folge, daß die Kaufkraft der Stahlarbeiter bis Mitte dieses Jahres stagnierte, während in der übrigen Industrie immerhin ein Zuwachs von 5 Prozent zu verzeichnen war.

Heute gibt es längst keine Zweifel mehr daran, daß die Stahlkonzerne die anhaltende Krise am Stahlmarkt und die allgemeine Wirtschaftslaute recht gut überstanden haben. Wenn auch von 1964 bis 1966 die ausgewiesenen Mindestgewinne von 951,9 Millionen DM auf 585,2 Millionen DM und die Dividenden von 350,6 Millionen DM auf 212,9 Millionen DM zurückgingen, so wurden doch im gleichen Zeitraum rund 5 Milliarden DM investiert, mit dem Ziel, noch während der Stahlflaute die Voraussetzung zur Erzielung von überdurchschnittlichen Profiten zu schaffen.

Schon in den letzten Jahren begann sich eindeutig abzuzeichnen, daß die eingeleiteten Konzentrations-, Rationalisierungs- und Umstellungsmaßnahmen allein den Konzernen zugute kommen. Mit einer um fast 20 Prozent reduzierten Arbeiterbelegschaft wurde eine um 13 Prozent höhere Rohstahlproduktion erzielt. Die Betriebsleistung pro Stahlarbeiter stieg von 44 445 DM im Jahre 1964 auf 50 240 DM im Jahre 1966. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden je Tonne Rohstahl sank von 16,6 im ersten Halbjahr 1965 auf 13,8 im Durchschnitt der Monate Juli bis November 1967. Das entspricht einem Zuwachs der Arbeitsproduktivität um fast 17 Prozent. Gleichzeitig gingen die Bruttolohnkosten je Tonne erschmolzenen Rohstahls von 82,1 DM auf 79,7 DM zurück. Eine weitere Verbesserung der Erlössituation entstand durch den Bonner Kokskohle-Ausgleich von 6,90 DM pro Tonne verhäuteter Kokskohle sowie durch die Tätigkeit der vier Walzstahlkontore, deren Bedeutung darin besteht, daß sie bestimmte Preise ermöglichen, eine Abstimmung der Produktion gestatten und zur allgemeinen Kostensenkung führen.

Da die gesamte Stahlindustrie der kapitalistischen Länder auf Grund ihres Unvermögens, Produktion und Absatz langfristig zu planen und an den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren, schon seit Jahren nicht mehr ausgelastet ist und für 1970 mit einem weltweiten Kapazitätsüberhang von 210 Millionen Tonnen gerechnet werden muß, wird sich nach Lage der Dinge auch künftig an der Konzeption der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie nichts ändern, die da lautet: forcierte Rationalisierung, Konzentration und Fusion.

Über die Absichten der Konzerne an Rhein und Ruhr geben die „Allgemeinen Ziele Stahl“ für das Jahr 1970 hinreichend Aufschluß. Darin wird angeregt, so stellt die IG Metall fest, „die modernsten Produktionsverfahren einzusetzen, um die Gesteungskosten zu senken. Andererseits soll der Einsatz moderner Produktionsverfahren nicht zur Kapazitätsausweitung führen. Das bedeutet jedoch faktisch die Stilllegung älterer Anlagen. Des weiteren sollen großdimensionierte Betriebs- und Unternehmenseinheiten angestrebt werden. Für kleinere Unternehmenseinheiten wird Zusammenarbeit (Kooperation) oder Verschmelzung (Fusion) vorgeschlagen. Offenbar steht im Hintergrund das Modell eines vollintegrierten Hüttenkomplexes mit einer Produktion von 8 bis 10 Millionen Tonnen Rohstahl jährlich, einem optimalen Fluß der Produktion sowie einem günstigen Standort. Gemessen an diesem Modell haben selbst die größten Konzerne in der Bundesrepublik das Optimum noch nicht erreicht.“

Insofern ist es gut, daß die Konzerngewaltigen ihre Karten aufgedeckt haben und daß man weiß, daß ihre Vorhaben von der Bundesregierung befürwortet werden. Daraus ergeben sich für die IG Metall im wesentlichen drei Aufgaben:

■ Sicherung der Arbeitsplätze sowie Wahrung und Verbesserung des sozialen Besitzstandes der Stahlarbeiter;

■ Überwindung der Ursachen der regelmäßig wiederkehrenden Stahlflaute und Fortsetzung des technischen Umwandlungsprozesses in Übereinstimmung mit den gesamtwirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen;

■ Einschränkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Konzerne durch Ausweitung der Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. G. B.

Tarifkündigungen in Metall- und Stahlindustrie

Die Tarifkommissionen der IG Metall für die metallverarbeitende und die Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens haben Ende September beschlossen, dem Vorstand der IG Metall zu empfehlen, die Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte in der metallverarbeitenden Industrie und der Eisen- und Stahlindustrie zu kündigen. Ferner soll der § 1 des Sonderabkommens für beide Beschäftigtengruppen in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens gekündigt werden. Die Kündigungen sollen zum 31. Dezember 1968 erfolgen. In § 1 des Sonderabkommens ist die Zahlung von 50 Prozent eines Monatseinkommens geregelt. Die IG Metall strebt die tarifliche Fixierung des 13. Monatseinkommens an; sie will ihre Forderungen in den kommenden Wochen präzisieren.

Bergbau-Einheitsgesellschaft entsteht

Der Schrumpfungsprozeß wird weiter beschleunigt IG Bergbau muß gleichberechtigt mitbestimmen

Im nordrhein-westfälischen Steinkohlenrevier ist eine wichtige Vorentscheidung gefallen: Bundesregierung und Montankonzerne sind nach monatelangem Tauziehen übereingekommen, ihren Plan zur Bildung einer „Ruhrkohlen-Bergbau AG“ in Angriff zu nehmen. Mit der Bildung dieses privalkapitalistischen Superkonzerns soll der „Gesundungsprozess“ der Kohle in verstärktem Maße fortgesetzt werden. Dadurch droht rund 100 000 Bergarbeitern und Bergbauangestellten der Verlust des Arbeitsplatzes.

Beim letzten Bonner Kohlegespräch, an dem unter anderem Bundeswirtschaftsminister Schiller, Unternehmensverbandsvorsitzender Kemper und IGBE-Hauptvorstandsmitglied Vetter teilnahmen, ergab sich folgendes Bild: Als am 15. September die Erklärungsfrist für den Beitritt zur Einheitsgesellschaft ablief, waren 23 von den insgesamt 29 Bergwerkskonzernen mit Schachtanlagen an der Ruhr und am Niederrhein bereit, in die geplante „Ruhrkohlen-Bergbau AG“ einzutreten. Auf diese Unternehmen entfallen rund 82,5 Prozent der Kohlenförderung im Ruhrrevier.

Weil die Frage der Unternehmerprofite noch nicht hundertprozentig geregelt ist, erfolgte die Zusage aller Konzerne „unter Vorbehalt“ und wurde davon abhängig gemacht, daß die Hauptversammlungen — also die Aktionäre — das letzte Wort haben. Daß es schließlich doch gut ausgeht, dafür wird die Bundesregierung schon sorgen, die bisher noch nichts getan hat, was nicht die volle Zustimmung der Konzernherren und Großunternehmer gefunden hätte. Die Tatsache, daß 17,5 Prozent der Förderkapazitäten voraussichtlich nicht der Einheitsgesellschaft angehören werden, beruht im wesentlichen auf den unterschiedlichen Konzerninteressen. So begründete der französische Stahlkonzern die Wendel seine ablehnende Haltung „mit der besonderen Lage der beiden Ruhrzechen Friedrich-Heinrich (Kamp-Lintfort) und Heinrich-Robert (Hamm)“ sowie damit, daß die Auslandsinvestitionen Vorrang hätten. Ähnlich argumentierte auch der BASF-Konzern, in dessen Besitz sich die „Gewerkschaft Auguste Victoria“ in Marl befindet.

Bundesregierung und Konzernherren haben es mit der Anpassung der Kohleförderung an den Absatz offenbar sehr eilig. Denn noch in diesem Monat, so kam man in Bonn überein, soll eine sogenannte „Vorgesellschaft“ gebildet werden, damit die mit einem Grundkapital von 300 Millionen DM ausgerüstete „Ruhrkohlen-Bergbau AG“ zum 1. Januar 1969 ihre Arbeit aufnehmen kann.

Der Bonner Plan einer Gesamtgesellschaft für den Ruhrbergbau ist eine Modifizierung des sogenannten Rhein-stahl-Planes der großen Montankonzerne und Banken. Kein Wunder, daß

es auch die Stahlkonzerne mit Bergbaubesitz waren, die als erste der „Ruhrkohlen-Bergbau AG“ zustimmten, in der Hoffnung, für ihre Hüttenwerke von der Einheitsgesellschaft Kokskohle zu Weltmarktpreisen beziehen zu können. Mit anderen Worten: die Stahlkonzerne sehen in der Gesamtgesellschaft lediglich eine Quelle zusätzlicher Profite, durch die es ihnen gestattet werden soll, auf Kosten der Allgemeinheit zu überdurchschnittlichen Dividenden zu kommen.

Überhaupt liegt der Verdacht nahe, daß die Konzerne gar keine rentabel arbeitende Gesamtgesellschaft wünschen und nicht daran interessiert sind, die angesichene Position der heimischen Steinkohle wieder zu festigen. Davon zeugt die Tatsache, daß die äußerst lukrativen Zechenkraftwerke auf keinen Fall in die „Ruhrkohlen-Bergbau AG“ mit einbezogen werden, sondern weiterhin im Besitz der Altesellschaften verbleiben sollen. Auch die gewinnbringende Zechenwohnungswirtschaft soll lediglich der Verfügungsgewalt der Gesamtgesellschaft unterstellt werden, während die Profite aus den Werkswohnungen wie eh und je in die Kassen der Altesellschaften fließen.

Unter diesen Umständen wird die Funktion der Einheitsgesellschaft des Ruhrbergbaus im wesentlichen darin bestehen, den Schrumpfungsprozeß der

Westdeutsche Bergarbeiter leisten am meisten

Mit 3501 kg war die Leistung je Schicht und Mann der Untertagebelegschaft im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1968 um 9,1 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Damit lag aber auch die Förderleistung je Schicht und Mann an der Spitze in Westeuropa. Die Förderleistung in Belgien stieg um 10,2 Prozent auf 2204 kg je Mann und Schicht, in Großbritannien um 9,2 Prozent auf 3099 kg, in Frankreich um 6,0 Prozent auf 2372 kg und in den Niederlanden um 5,7 Prozent auf 2480 kg.

Kohle zu forcieren und den Großaktionären aus dem Zechensterben möglichst hohe Gewinne zu sichern. Die Rechnung einer solchen Unternehmenspolitik werden jedoch die Kumpel an Rhein und Ruhr zu bezahlen haben. Denn durch die geplante Rücknahme der Förderung von gegenwärtig 117 Millionen Tonnen auf etwa 75 Millionen Tonnen im Jahre 1972 droht rund 80 000 Bergarbeitern und Bergbauangestellten der Verlust des Arbeitsplatzes. Sollte die Untertageleistung während dieser Zeit auf 5000 kg pro Mann und Schicht steigen, müssen sogar 100 000 Bergbaubeschäftigte mit ihrer Freisetzung rechnen.

Angesichts dieser Konzeption von Bundesregierung und Konzernherren ist es — schlicht gesagt — unverständlich, wenn das IGBE-Hauptvorstandsmitglied Rudi Michels (CDU) erklärt, die Vorstellungen, die die Gewerkschaft von der Einheitsgesellschaft habe, seien weitgehend erfüllt worden. Was Michels und die anderen geschäftsführenden Hauptvorstandsmitglieder mit solcherart Rechtfertigungsversuchen erreichen wollen, liegt auf der Hand: Die außerordentliche Funktionärskonferenz der IGBE soll den Bonner Plänen zur Gründung einer kapitalistischen, ausschließlich an den Interessen der Konzernwirtschaft orientierten Gesamtgesellschaft zustimmen.

Die Betriebsfunktionäre und Gewerkschaftskongress-Delegierten werden deshalb sehr sorgfältig prüfen müssen, ob die Zustimmung der IGBE mit den Forderungen der Bergarbeiter in Einklang gebracht werden kann.

Wenn die Führung der IGBE schon glaubt, die in der NRW-Verfassung garantierte Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum nicht realisieren zu können, obwohl das Land von den Sozialdemokraten regiert wird und eine solche Entscheidung durch den Düsseldorfer Landtag mit einfacher Stimmenmehrheit getroffen werden könnte, sollten die Betriebsräte und Delegierten dem Plan einer Einheitsgesellschaft nur unter der Bedingung zustimmen, daß alle Zechen sowie die gesamte Kraftwerks- und Wohnungswirtschaft in die „Ruhrkohlen-Bergwerks AG“ miteinbezogen werden und der Gesamtgesellschaft nicht nur ein sicherer Absatz von etwa 120 Millionen Jahrestonnen, sondern auch die wirtschaftliche Existenzfähigkeit garantiert wird.

Eine zweite Grundvoraussetzung für die Zustimmung der IGBE kann nur sein, daß die Bergarbeiter und Bergbauangestellten in den Führungsgremien der Gesamtgesellschaft gleichberechtigt mitentscheiden — und zwar in allen Fragen der Unternehmenspolitik. Das bedeutet jedoch, die kommende Funktionärskonferenz muß auf einer Erweiterung der Mitbestimmung beharren. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann die IGBE in der geplanten „Ruhrkohlen Bergwerks AG“ mitarbeiten. G. B.

Bundesetat 1969 steigert Verschuldung

Mehr Rüstungskosten — stagnierende Sozialausgaben Wieder mehr Staatsausgaben als Einnahmen

Die Bundesregierung hat den Haushaltsplan für das Jahr 1969 beschlossen. Danach soll sich die Gesamthöhe der Bundesaussgaben für 1969 von 76,7 Milliarden um 5,7 Milliarden DM erhöhen.

Bei den Einnahmen des Bundes geht der Entwurf davon aus, daß bei einem Wirtschaftswachstum von 6,3 Prozent im Jahre 1969 die Steuereinnahmen um 7,87 Milliarden auf 78,82 Milliarden DM ansteigen. Die Steuereinnahmen müßten also im nächsten Jahr um rund 11 Prozent zunehmen. Das aber ist keineswegs sicher, und selbst wenn diese Schätzung zutreffen sollte, bleibt im Bundeshaushalt 1969 zwischen den vorgesehenen Ausgaben von 82,4 Milliarden DM und den geplanten Einnahmen von 78,82 Milliarden DM eine Differenz von rund 3,58 Milliarden DM. Diese Differenz will die Bundesregierung durch entsprechende Neuverschuldung mit den Mitteln des Kreditmarktes decken. Damit würde dann die Gesamthöhe der Verschuldung des Bundes auf rund 12,7 Milliarden DM ansteigen, und das sind etwa 15,5 Prozent des für 1969 geplanten Bundesetats.

Wie alle Jahre vorher verschlingen auch im neuen Etat die Rüstungskosten den Löwenanteil der Bundesaussgaben. Die direkten „Verteidigungsausgaben“ steigen von 18,05 Milliarden DM im alten Etat um 745 Millionen auf 18,8 Milliarden DM. Hinzu kommen die Ausgaben für die Stationierung der ausländischen Truppen in der Bundesrepublik, die von 601 auf 633 Millionen DM anwachsen, und die Ausgaben für die „Zivilverteidigung“, die 1969 auf 316 Millionen DM angesetzt worden sind.

Die gesamten offen ausgewiesenen Rüstungslasten steigen von 18,98 Milliarden DM im Vorjahr auf 19,75 Milliarden DM für 1969. Das sind 24 Prozent aller Bundesaussgaben! In dieser Summe sind aber noch nicht die Rüstungskosten enthalten, die in anderen Positionen des Bundesetats untergebracht sind, z. B. im Etat für den zivilen Zusatzdienst beim Arbeitsministerium, die Beiträge für die WEU, die Militärhilfe an fremde Staaten, die militärisch benutzten Ausgaben des Forschungs- und Verkehrsministeriums.

Es ist eine langjährige Übung der Bundesregierung, der Öffentlichkeit einzureden, der größte Posten der Bundesaussgaben entfalle auf die Sozialleistungen. So wird auch jetzt wieder behauptet, daß die Gesamthöhe der Sozialleistungen, die gegenüber 1968 von 22,4 Milliarden auf 22,6 Milliarden DM geringfügig angestiegen sind, 27,5 Prozent des Bundesetats erreichen würden. Der immer wieder benutzte Trick besteht darin, Kosten, die in Wirklichkeit Kriegsfolgelasten sind,

wie der Lastenausgleich, Kriegsopferversorgung u. ä., als Sozialausgaben zu deklarieren, obwohl sie in den Rüstungsetat gehören. Dessen ungeachtet ist aber festzustellen, daß die Sozialleistungen im Bundesetat 1969 um knapp 1 Prozent gestiegen sind, während der „Verteidigungsetat“ um 4,1 Prozent anwuchs.

Charakteristisch für die Politik der Bundesregierung sind auch die vorgesehenen Ausgaben für das Gesundheitswesen. Sie belaufen sich auf ganze 1,7 Millionen DM oder 0,13 Prozent der Gesamtausgaben. Die Zahlen für die Familien- und Jugendpolitik sind nicht weniger bezeichnend; sie betragen 2,9 Milliarden DM oder 3,5 Prozent. Und für den Wohnungsbau sind 1,58 Milliarden DM oder 1,9 Prozent angesetzt.

Viel Lärm hat die Bundesregierung um die Erhöhung der Mittel für Wissenschaft und Forschung und für den Verkehrsetat gemacht, die um 13,4 Prozent bzw. 10,7 Prozent erhöht werden sollen. Wenn man jedoch die absoluten Zahlen betrachtet, besteht kein Grund für die Bundesregierung, sich besonderer Verdienste zu rühmen. Obwohl die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung und für den Verkehr jahrelang, nicht zuletzt wegen der immens steigenden Rüstungskosten, vernachlässigt worden sind, wächst der Verkehrsetat von 8,2 Milliarden DM nur um 877 Millionen auf 9,1 Milliarden und der Etat für Wissenschaft und Forschung von bisher 1,9 Milliarden um 256 Millionen auf 2,2 Milliarden DM.

In diesem Zusammenhang darf auch nicht übersehen werden, daß die Mittel, die im Etat für Verkehr und für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stehen, keineswegs nur den Interessen der Gesamtbevölkerung dienen, sondern erheblich zur Finanzierung militärischer Projekte und den Ausbau der Infra-Struktur — diese nicht zuletzt im Interesse der Großkonzerne — benutzt werden. Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, daß neben Verkehr und Forschung die sogenannte Entwicklungshilfe den größten prozentualen Anstieg der Etatmittel aufzuweisen hat, und zwar um 6,8 Prozent gegenüber 1968. Diese Gelder müssen vorwiegend dazu dienen, einmal die Außenpolitik der Bundesregierung hinsichtlich der Nichtanerkennung der DDR finanziell zu unterstützen und andererseits die Exportoffensive der bundesdeutschen Großindustrie in den Ländern der dritten Welt zu fördern.

H. S.

Das Zitat:

„Wenn Sie mich fragen, ob die Deutsche Postgewerkschaft mit dem Ergebnis der konzertierten Aktion zufrieden sei, muß ich diese Frage mit einem klaren Nein beantworten. Die Beschäftigten der Deutschen Bundespost mußten sich 1968 mit einem durchschnittlichen Lohn- und Gehaltszuwachs von 3,5 Prozent abfinden, während die Unternehmer im selben Zeitabschnitt Gewinne von über 10 Prozent verbuchen konnten. Man wird wohl verstehen, daß wir uns unter einer konzertierten Aktion etwas anderes vorgestellt haben.“

(Aus einem Interview des DPG-Vorsitzenden Carl Stenger mit der „Welt der Arbeit“ vom 27. 9. 1968.)

PERSONALIEN

Walter Arendt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie sowie SPD-Bundestagsabgeordneter, ist wieder als Nachfolger für den 1969 ausscheidenden DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg im Gespräch. Wie am 19. 9. 1968 die „Frankfurter Rundschau“ berichtete, ist auf einer DGB-Vorstandssitzung in Frankfurt/M. ein dahingehender Wunsch laut geworden, daß Arendt sich seine im letzten Sommer gemachte Absage überlegen möge. Auch Otto Brenner (IG Metall) und Gerhard Vater (Gewerkschaft Holz- und Kunststoff) waren in den letzten Monaten als Kandidaten für den DGB-Vorsitz im Gespräch.

Dr. Norbert Blüm, bisher Leiter der Pressestelle der CDU-Sozialausschüsse, wurde am 18. September 1968 zum neuen Hauptgeschäftsführer dieser Gruppierung in der CDU berufen. Er trat damit die Nachfolge von Karl-Heinz Hoffmann an, der auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV Anfang Juli in München zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.

Hermann Brandt, Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, besuchte am 20. September 1968 zusammen mit weiteren Vorstandsmitgliedern den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hans Katzer, in Bonn. Wichtigste Punkte der Besprechung waren nach Angaben der DAG Fragen der Rentenversicherung, der Krankenversicherung und der Förderung beruflicher Bildungsarbeit durch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Lothar Pinkall, bis vor kurzem Leiter der Jugendschule der IG Metall in West-Berlin, hat diesen Posten abgegeben. Ihm war vorgeworfen worden, ohne Wissen des IG-Metall-Vorstandes dem „Republikanischen Club e.V.“, einer organisatorischen Plattform der außerparlamentarischen Opposition, beigetreten zu sein. Pinkall ist ein Schwiegersohn Otto Brenners.

Benda und die Mitbestimmung

Ein falscher Freund des gewerkschaftlichen Anliegens Für Benda ist Mitbestimmung ein „Irrweg“

Die „Welt der Arbeit“ glaubt in Bundesinnenminister Benda einen Bundesgenossen der Gewerkschaften im Kampf um die Mitbestimmung entdeckt zu haben. In einem Vortrag in der Evangelischen Akademie Tutzing habe er die Mitbestimmung eine Forderung genannt, „bei der es in Wirklichkeit in erster Linie um das verfassungspolitische Problem geht, ob auf Dauer die dem Staate gegenüber loyale Haltung der Gewerkschaften erhalten werden kann, ohne ihnen stärkeren Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen zu geben“. Mit diesen Worten, so meint die „Welt der Arbeit“, habe Benda „die Bedeutung der Mitbestimmung voll anerkannt, mag er auch zur Lösung des Problems andere Vorstellungen als die Gewerkschaften haben“.

Das Lob des DGB-Organen wird manchen verwundern. Und zwar nicht nur, weil es dem Mann zugesagt ist, welcher als der CDU-Notstandsexperte das Bonner Innenministerium gerade in dem Augenblick übernahm, als die Auseinandersetzung über die demokratiefeindliche Gesetzgebung in ihr entscheidendes Stadium vor der Annahme durch den Bundestag trat, und der gegen den Widerstand der Gewerkschaften die Notstandsgesetze durchpeitschte. Vielmehr hat sich Benda auch schon ganz anders, und zwar wesentlich eindeutiger, zur Mitbestimmungsfrage geäußert.

Am 15. April 1967 veröffentlichte er zum Beispiel — damals als Parlamentarischer Staatssekretär des gleichen Ministeriums, dem er nun als Minister vorsteht — einen Artikel in den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren“ der CDU. In diesem mitbestimmungsfeindlichen Organ schrieb Benda: „Die Wirtschaftsdemokratie ist keine Alternative, sondern ein Irrweg.“ Bisher, so meinte er erläuternd, gäbe es „keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage, wie in einer großen technischen Produktionseinheit nicht herrschaftlich, sondern „demokratisch“ entschieden werden kann, und eine solche Antwort wird sich auch nicht finden“.

Benda wettete damals dagegen, daß das Profitstreben der Unternehmer als Eigennutz ausgelegt werde; er charakterisierte das Verhältnis von Unternehmern und Belegschaften als das von „Herrschaft“ und „Dienst“ und kam schließlich zu der Behauptung, „der Dienstcharakter abhängiger Arbeit“ sei eine zwingende Notwendigkeit.

Allerdings gehört Benda nicht zu jenen Gegnern der Mitbestimmung, deren Tätigkeit sich im Widerstand gegen die gewerkschaftlichen Forderungen erschöpft. In der CDU/CSU gibt es ja bekanntlich eine ganz erhebliche Zahl von Leuten, die sich den Kopf zerbrechen, wie der Mitbestimmungsforderung ein anderer Inhalt gegeben werden kann. Auch Benda ist klug genug, schon heute an den Tag zu denken, an dem die Arbeiter und Angestellten mit ihren Gewerkschaften stark genug sein werden, sich

die Mitbestimmungsfrage nicht mehr durch Staat und Unternehmer vom Tisch fegen zu lassen. Unter diesem Aspekt ist seine Äußerung in Tutzing zu verstehen.

Das Rezept für diesen Fall kann man in Bendas 1966 erschienenen Buch „Industrielle Herrschaft und sozialer Staat“ im Kapitel „Mitbestimmung und Partnerschaft“ nachlesen: „Wenn man Mitbestimmung nicht als Instrument der Sozialrevolution, sondern als Mittel der Verständigung sieht, kommt es...“, so meint er, „darauf an, Gemeinschaftsleben unter Anerkennung aller Gegensätze und Konflikte zu sichern“ (S. 560).

Mitbestimmung soll also, wenn sie schon gar nicht zu vermeiden ist, Instrument der Partnerschaft sein, weil sie nach Benda damit „eng verwandt“ sei. Und da, wieder nach Benda, der „Klassenkampfgedanke überholt“ ist, soll jegliche Aktivität in der Mitbestimmungsfrage zu Ergebnissen führen, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisiert. Keineswegs betrachtet natürlich der Bundesinnenminister die Mitbestimmungsforderungen als ein Problem des Klassenkampfes und als ein Mittel zur Einschränkung der Macht der Banken und Industriemonopole.

Mit Benda bemüht sich die Bundesregierung nicht um die Ausweitung der Mitbestimmung, sondern nur um die „loyale Haltung der Gewerkschaften“. Wenn in dieser Legislaturperiode Mitbestimmungsgesetzesentwürfe als Wahlschlager vor den Bundestag gebracht werden — zweifellos mit dem erklärten Willen, sie nicht mehr zu verabschieden —, sollten sich die Gewerkschaften an die Worte des Innenministers Benda erinnern. Der Regierung der Großen Koalition geht es darum, wenn schon die Mitbestimmungsforderungen nicht mehr vom Tisch gefegt werden können, sie in ihr Gegenteil zu verkehren. Damit wird zwar die sogenannte Sozialpartnerschaft, aber niemals die gewerkschaftliche Mitbestimmung ausgeweitet werden, denn es gibt entweder das eine oder das andere, Mitbestimmung oder Partnerschaft. Das darf man nicht übersehen.

Dr. Tu.

Treffen in Budapest

In Budapest fand Mitte September 1968 eine Beratung von Vertretern der Gewerkschaftszentralen Bulgariens, der DDR, Polens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarns statt, die für die weitere Gewerkschaftsarbeit in den genannten Ländern bedeutsam ist. Zu dem Gegenstand der Beratung wird im Konferenz-Kommuniqué gesagt:

„Auf dem Treffen wurden Fragen der gegenwärtigen Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, der weiteren gegenseitigen Beziehungen und der Zusammenarbeit der Gewerkschaften erörtert. Die Teilnehmer der Beratung kamen darin überein, daß das Moskauer sowjetisch-tschechoslowakische Kommuniqué eine reale Grundlage für die Normalisierung der Lage in der CSSR schafft. Die praktische Verwirklichung dieses Kommuniqués ist gegenwärtig die brennendste Aufgabe der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in der Tschechoslowakei.“

Weiter heißt es im Kommuniqué, die Teilnehmer der Beratung stellten mit Genugtuung fest, daß die Gewerkschaften der CSSR die Moskauer Vereinbarungen unterstützen „und mit Verantwortungsbewußtsein die Aufgabe übernommen haben, die Erfüllung der sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu ermöglichen“. Die sechs Gewerkschaftszentralen der Budapester Beratung unterstrichen ihren Willen, gegen jene Kräfte aufzutreten, die die auf dem Januar-Plenum der KPC eingeleitete Fehlerkorrektur „für einen offenen oder getarnten Angriff auf den Sozialismus ausnutzen“. Auf diese Weise komme man zu einer beschleunigten Normalisierung der Lage in der CSSR „und damit zum schrittweisen Abzug der zeitweilig auf dem Territorium der Tschechoslowakei befindlichen verbündeten Truppen“.

Die Vertreter der sechs Gewerkschaftsbünde erklärten im Namen ihrer Organisationen ihre Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes, dem „auch weiterhin die notwendige Hilfe und Unterstützung“ erwiesen werden soll. Die Forderung der Bundesregierung nach Grenzveränderungen und das Aufleben der neonazistischen Kräfte in der Bundesrepublik stellten eine besondere Gefahr für den Frieden in Europa dar.

Die Organisation des Weltgewerkschaftsbundes soll künftig gefestigt werden, heißt es in der Erklärung von Budapest. Die Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften der sechs Länder solle „auch weiterhin auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der sozialistischen Solidarität, der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung“ erfolgen. Rp.

Die Bauern bestimmen selbst

Planung und Wirtschaftsführung in der DDR Eine Serie von Dr. Karl-Heinz Arnold (X)

Dieser abschließende Beitrag in der Reihe von Informationen über die DDR-Wirtschaft soll der Landwirtschaft vorbehalten sein. Die DDR ist ein hochentwickelter Industriestaat, verfügt aber zugleich über eine intensive Landwirtschaft. Ihre stärkste „Säule“ sind die 15 000 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), in denen knapp 900 000 Werktätige arbeiten. Sie verfügen über 86 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von insgesamt sechseinhalb Millionen Hektar. Hinzu kommen rund 75 000 Beschäftigte in den volkseigenen Gütern (VEG) sowie 40 000 Menschen in den Betrieben der Landtechnik. Den höchsten Anteil an in der Landwirtschaft Beschäftigten haben die Bezirke Magdeburg, Halle, Erfurt, Neubrandenburg und Potsdam.

Welche volkswirtschaftliche Rolle die Landwirtschaft in der DDR spielt, ist daraus ersichtlich, daß sie es im Laufe der vergangenen Jahre erreicht hat, die Bevölkerung vollständig mit Fleisch, Milch und Eiern sowie nahezu vollständig mit Butter zu versorgen, und das bei einem ständig steigenden Verbrauch. Das heißt, es wurden und werden mit steigender landwirtschaftlicher Produktion nicht nur die Menschen besser versorgt, sondern auch bedeutende Nahrungsmittelimporte gespart. So importierte die DDR 1962 noch 55 700 t Butter, 1967 dagegen nur noch 17 200 t bei einem eigenen Aufkommen von 209 400 und einem auf 13,7 Kilo pro Kopf der Bevölkerung gestiegenen Bruttoverbrauch (der international einen Spitzenwert darstellt).

Von bestimmten Kreisen in der Bundesrepublik ist jahrelang behauptet worden, die LPG bedeuteten „Ruin“ und „Rechtlosigkeit“ der Bauern, seien nicht lebensfähig usw. Tatsächlich hat sich längst das Gegenteil herausgestellt: Die DDR hat eine blühende Landwirtschaft; Erträge und Einkommen der Genossenschaftsbauern sind von Jahr zu Jahr außerordentlich eindrucksvoll gestiegen. Von 1952 bis 1960 vereinigten sich alle Bauern zu LPG; sie blieben Eigentümer ihres eingebrachten Bodens und nutzen die Vorzüge der Großproduktion zunehmend besser. Die Arbeit der Bauern ist leichter geworden — die LPG kaufen (als gemeinsames, genossenschaftliches Eigentum) immer mehr neue Technik, bauen riesige Wirtschaftsanlagen. Mehr als 80 Prozent ihrer Kühe werden maschinell gemolken. Die Getreideernte ist zu 90 Prozent mechanisiert.

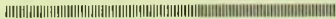
Im Jahre 1965 übertraf die sozialistische Landwirtschaft der DDR mit 29,2 Dezitonnen (Doppelzentner) Getreideertrag je Hektar erstmalig den westdeutschen Durchschnittsertrag. 1967 wurden bei Getreide 31,9 Dezitonnen, bei Kartoffeln 205 und bei Zuckerrüben 332,6 erreicht. Das kann sich durchaus sehen lassen. Die „armen“ LPG-Bauern sind Herren ihres Landes, ihrer neuen Technik, ihrer leistungsfähigen Vieh-

bestände. Die Genossenschaftsbauern sind selbstbewußt; ihr Wort gilt im Staat wie in der LPG; sie haben — in einem durchaus nicht widerspruchsvollen Prozeß — ihre Großbetriebe planen und leiten und dabei die genossenschaftliche Demokratie entwickeln gelernt.

Ihre Vollversammlung faßt alle grundsätzlichen Beschlüsse für die LPG, von der Jahresendausschüttung des Gewinns über die gemeinsamen Investitionen bis zu den Vergütungssätzen für die geleistete Arbeit als die hauptsächlichste Einnahmequelle der LPG-Mitglieder. Sie verfügen auch über



Der Verfasser dieser Serie, Dr. Karl-Heinz Arnold, ist stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“ (Berlin-Ost). Er hat sich freundlicherweise bereit erklärt, die Leser von NACHRICHTEN mit Problemen der sozialistischen Wirtschaftsführung und der Rolle der Gewerkschaften in der DDR bekannt zu machen.



individuelles Hofland und Vieh für den Eigenbedarf. Aus dem eingebrachten Land beziehen sie eine Art Bodenrente. In den LPG Typ I ist die Viehwirtschaft individuell, während der Boden gemeinsam bewirtschaftet wird; bei Typ III sind Vieh- und Feldwirtschaft gemeinsam; der wenig gebräuchliche Typ II stellt eine Mischform dar.

Für die Erzeugnisse gibt es feste, staatlich garantierte Preise. Während bei Milch, Schlachtvieh und Eiern ab 1. Januar 1969 einheitliche Erzeugerpreise gelten (also nicht mehr nach staatlicher Erfassung auf Grund der geplanten Produktion und Aufkauf der Mehrproduktion differenziert), gibt es in der pflanzlichen Produktion Grundpreise und festgelegte Zuschläge,

um hier einen zusätzlichen Anreiz zu bieten. Neu ist auch, daß ab 1969 die LPG und VEG keine staatlichen Planauflagen mehr bekommen, die eine bestimmte Mindestmenge an Produktion vorsehen, mit Ausnahme von Getreide und Kartoffeln.

Das heißt, die Landwirtschaftsbetriebe entscheiden durch Verträge mit ihren Abnehmern (Lebensmittelindustrie und Handel) selbst über die Größenordnungen und Proportionen ihrer Produktion. Und umgekehrt werden die von Verarbeitungsindustrie und Handel geschlossenen Verträge mit der Landwirtschaft Grundlage für deren Pläne. Diese kommerzielle Partnerschaft ist also ausschlaggebend, und die zentrale staatliche Planung konzentriert sich auf die Steuerung der volkswirtschaftlich entscheidenden Prozesse. Faktisch wird es ab 1969 keine gesonderten Pläne — einmal Landwirtschaftsbetriebe, zum anderen Lebensmittelindustrie — geben, sondern eine Verschmelzung von beiden, wie überhaupt die Tendenz dahin geht, Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft allmählich zu einem einheitlichen Wirtschaftszweig zu vereinen.

Die höhere Eigenverantwortung der LPG und VEG durch das veränderte Planungssystem, bei dem ausgehandelte Verträge noch größeres Gewicht als bisher haben, stellt zugleich an die Mitarbeit der LPG-Bauern im Rahmen der genossenschaftlichen Demokratie höhere Anforderungen. Darüber ist im Frühjahr auf dem X. Deutschen Bauernkongreß eingehend beraten worden. Seine in allen LPG gewählten Delegierten haben die Notwendigkeit verstärkter Kooperation, also enger arbeitsteiliger Zusammenarbeit, zwischen den LPG, zwischen ihnen und den VEG sowie mit der Verarbeitungsindustrie besprochen, ebenso die Tendenz zur Herausbildung von Hauptproduktionszweigen der LPG (eine Spezialisierung der LPG auf bestimmte Produktion). Typisch für das Gewicht der Bauern in der DDR ist, daß die Beschlüsse ihrer periodischen Kongresse vom Ministerrat übernommen und zur Norm staatlicher Arbeit gemacht werden. Der Bauernkongreß hat auch den Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft gewählt (in der DDR gibt es kein Landwirtschaftsministerium).

Das Wort der Bauern gilt in jeder Hinsicht. Sie haben die Landwirtschaft der DDR zu einem der stabilsten Wirtschaftszweige gemacht — nicht obwohl, sondern weil es die LPG gibt. Ohne Junker, Bankkonzerne und Handelsspekulanten geht es besser. Die guten ökonomischen Ergebnisse und die entwickelte Demokratie in den Genossenschaften und Kooperationsverbänden führen dazu, daß das Land heute eine stabile politische Basis des sozialistischen Systems in der DDR ist.

(Schluß)

Die wissenschaftlich-technische Intelligenz

Über die Bedeutung der Arbeiterklasse im Kapitalismus Eine Artikelfolge von Dr. Heinz Schäfer

Die Differenzierung, die sich in der Arbeiterklasse vollzieht, verläuft auch in ihren einzelnen Schichten sowohl in der Arbeiterschaft als auch unter den Angestellten. Immer mehr Angestellte sind nicht mehr nur kommerzielle Arbeiter, sondern sie sind im produzierenden Bereich tätig, und hier besonders als ingenieurtechnisches Personal.

Wenn wir uns mit dem Teil der Intelligenz befassen, der ein Teil der Arbeiterklasse ist, so setzen wir voraus, daß die Gruppierung „Intelligenz“, deren Gemeinsamkeit das durch Studium erworbene hohe Fachwissen ist, nicht als feste Einheit verstanden werden kann. So können Akademiker Eigentümer von Produktionsmitteln sein, Manager großer Konzerne, Abteilungsleiter in Großbetrieben oder aber auch einfache Detailkonstruktoren mit einer geistig-schematischen Tätigkeit ohne Dispositionsbefugnis.

In manchen hochentwickelten Zweigen ist das wissenschaftlich-technische Personal schon heute hauptsächlichlicher Träger des Produktionsprozesses. In dem Maße, wie die wissenschaftlich-technische Revolution fortschreitet, setzt sich die Arbeiterklasse in den führenden kapitalistischen Ländern mehr und mehr aus diesen Schichten zusammen. Mit dem Computer ziehen immer mehr Techniker in die Büros. Auf der Konferenz der IG Metall „Computer und Angestellte“ wurde festgestellt, daß die Technisierung der Verwaltung und des kaufmännischen Bereichs dazu führt, daß erhebliche Teile klassisch-kaufmännischer Aufgaben heute von Technikern wahrgenommen werden und ganze Gruppen von Meistern durch Produktionstechniker und Ingenieure ersetzt werden.

Heute beginnt die Grundlinie zwischen Fabrik- und Büroarbeit fließend zu werden. Auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nähern sich an, das Arbeitspensum verdichtet sich, Schichtarbeit wird ebenso eingeführt wie die analytische Arbeitsplatzbewertung und andere Antreibersysteme. Das Kapital geht dazu über, den Unterschied, der zwischen der Produktivität eines Fabrikarbeiters, die sich in den letzten hundert Jahren um 1400 v. H. erhöhte, und eines Büroarbeiters bestand, die nur um rund 40 v. H. anstieg, radikal zu beseitigen.

Der Anteil der technischen Angestellten wächst rapide. Entfielen 1951 in der Metallindustrie auf einen technischen Angestellten noch 7,2 Facharbeiter, so waren es 1962 nur noch 3,6 Facharbeiter. Die Zahl der Angestellten mit hochqualifizierter Berufsausbildung nimmt ebenfalls schnell zu. Unter den technischen Angestellten der Großelektroindustrie stieg z. B. der Anteil mit akademischer Ausbil-

dung von 6 Prozent im Jahre 1950 auf 17 Prozent im Jahre 1966 an.

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution nimmt aber nicht nur die Zahl der Akademiker in den Betrieben zu, sondern wachsen auch die Qualifikationsanforderungen, die an die Arbeiter gestellt werden. Die Arbeiterschaft bewegt sich sukzessive auf das Niveau der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu.

Die wissenschaftlich-technische Revolution führt dazu, daß sich im Zusammenhang mit tiefgreifenden Strukturveränderungen in der Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen neue Produzententypen herausbilden werden. Es sei hier erwähnt das Steuerpersonal, von dem nicht in erster Linie handwerklich manuelle Fertigkeiten verlangt werden als vielmehr ein umfassendes Verständnis der Arbeitsweise moderner Produktionsanlagen, ein hochqualifiziertes Reparatur- und Instandhaltungspersonal, das die hochwertigen Automaten beherrscht, die zunehmende Zahl der Beschäftigten im Entwicklungs- und Forschungssektor und nicht zuletzt das Bedienungspersonal für Computer.

Die Arbeiter und Angestellten, die diesen neuen Produzententyp verkörpern,

werden sich im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Kern der Arbeiterklasse entwickeln. Das bedeutet nicht, daß der Arbeiterklasse diese objektiv notwendige Qualifikation von den Kapitalisten geschenkt würde. Diese hohe Bildung und die notwendige Berufsausbildung und Fortbildung muß erkämpft werden. Von ihrer Qualität wird in zunehmendem Maße die Lage der Arbeiterklasse bestimmt, vor allem die der Angestellten und hier wiederum der wissenschaftlich-technischen Intelligenz.

In der Vergangenheit gelang es der Bourgeoisie, die Angestelltenschaft von den Arbeitern zu isolieren und am Gängelband zu halten durch — in gewissem Umfang — materielle Korruption. 1908 betrug das durchschnittliche Jahresgehalt eines Angestellten (ohne leitende Betriebsbeamte) 1790 Mark, während ein Arbeiter rund 1000 Mark verdiente. Der Durchschnittsverdienst eines Angestellten lag folglich um rund 80 Prozent höher als der eines Arbeiters. 1961 belief sich der durchschnittliche Jahreslohn eines Arbeiters auf 6185 DM und das Jahresgehalt eines Angestellten auf 8191 DM. Die Differenz betrug nur noch 32 Prozent, wobei sie in der Industrie noch höher ist und 1967 rund 57 v. H. betrug.

Es wäre falsch, die z. T. nicht unerhebliche Differenz, die in der Einkommenshöhe zwischen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und der großen Masse der Arbeiter und Angestellten besteht, nicht zu sehen. Sie ändert zwar nichts an der objektiven Klassenlage, bietet aber der Großbourgeoisie die Möglichkeit, diesen Teil der Arbeiterklasse ideologisch zu beeinflussen und ihm das falsche gesellschaftliche Bewußtsein eines Eliteswesens zu vermitteln.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen und Geschlecht — Oktober 1967

Leistungsgruppe					zusammen
II	III	IV	V		
1504	1133	männliche kaufmännische Angestellte		1122	
		815	717		
1201	899	weibliche kaufmännische Angestellte		719	
		648	552		
1631	1234	männliche technische Angestellte		1305	
		977	842		
1490	967	weibliche technische Angestellte		848	
		732	626		
				männl. kfm. u. techn. Ang.	1187
				weibl. kfm. u. techn. Ang.	725

(Wirtschaft und Statistik, Heft 2, Februar 1968, Seite 126)

Die Mehrzahl der männlichen Angestellten gehört der Leistungsgruppe III an und die der weiblichen Angestellten der Leistungsgruppe IV. Ein Arbeiter der Leistungsgruppe I hatte im Oktober 1967 bei 43,7 bezahlten Wochenstunden und einem Bruttostundenverdienst von 5,31 DM einen Bruttowochenverdienst von 232 DM, was einem Monatslohn von rund 1000 DM entspricht. Ein kaufmännischer bzw.

technischer Angestellter der Leistungsgruppe II verdient im Jahr zwischen 6000 und 7000 DM brutto mehr.

Wenn auch die Gehälter vor allem der hochqualifizierten technischen Angestellten beträchtlich über dem Lohnniveau der Arbeiter liegen, so würde die Beachtung lediglich dieser Differenz hinsichtlich der wirklichen Lage der wissenschaftlich-technischen Intel-

lizenzen zu falschen Schlußfolgerungen führen. Konnten bis 1919 die Studenten mit 23 Jahren ihre Hochschuleausbildung beenden, so stieg das Durchschnittsalter in den Jahren 1920—1939 auf 25 Jahre und betrug von 1955 bis 1961 27 Jahre, in den technischen Fachrichtungen sogar 28 Jahre. Abgesehen von den nicht unerheblichen Aufwendungen für das Studium treten die Hochschulabsolventen zu einem Zeitpunkt in das Berufsleben, in dem der Facharbeiter schon lange verdient.

Es darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß die Existenzunsicherheit für große Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz mit dem Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution ebenso wächst wie die anderer Schichten der Arbeiterklasse. Erworbenenes Wissen verliert seine Gültigkeit, und nur das im Verlaufe des Berufslebens zusätzlich erworbene Wissen garantiert noch eine Aufstiegsmöglichkeit. Die Planlosigkeit in der Berufsausbildung führt heute dazu, daß auch auf dem akademischen Arbeitsmarkt Angebot und Nachfrage weit auseinanderklaffen und zahlreiche Hochschulabsolventen keine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit finden.

Es gibt nun Philosophen, die von sich behaupten, Marxisten zu sein, die Arbeiterklasse aber als gesellschaftliches Subjekt ignorieren. Nach ihrer Auffassung muß die Führung des politischen Kampfes und die Leitung des gesellschaftlichen Lebens in den Händen der Intelligenz liegen. Die Führung der politischen Bewegung kann aber nur die Klasse haben, die objektiv den gesellschaftlichen Fortschritt verkörpert und mit den entscheidenden Produktionsmitteln verbunden ist. Das ist die Arbeiterklasse, und zu ihr gehört die wissenschaftlich-technische Intelligenz.

Natürlich können auch andere Schichten der Intelligenz, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, wie z. B. Schriftsteller und Künstler, in der politischen Auseinandersetzung eine progressive Rolle spielen, und sie haben sie gespielt. Sie sind aber dazu nur in der Lage, wenn sie sich aus den Schranken der Interessen ihrer Schicht befreien, diese nicht zum Maß aller Dinge machen, sondern wenn sie den Interessen der gesamten Arbeiterklasse Ausdruck verleihen. Tun sie das nicht, werden sie häufig zum Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, die alles versucht, um ihre eigene Macht zu konservieren und dort, wo sie — wie in den sozialistischen Ländern — verloren ging, wiederherzustellen.

Die Arbeit mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist kompliziert, aber notwendig. Nichts darf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung davon abhalten, die wissenschaftlich-technische Intelligenz als Mitstreiter im Kampf gegen das Kapital und für den gesellschaftlichen Fortschritt zu gewinnen.

Monopol — Keimzelle der Aggressivität

In dem von Finanzminister Strauß mit einem applaudierenden Vorwort versehenen Buch „Die amerikanischen Herausforderung“ schrieb Servan-Schreiber über den Konkurrenzkampf mit den USA: „Nur eine Politik, die sich den Ausbau der starken Punkte zum Ziel setzt — von der Demagogie unter dem pauschalen und vagen Ausdruck ‚Monopole‘ verurteilt — wird uns vor einer relativen Unterentwicklung bewahren. Wir brauchen große europäische Industriekonzerne.“ (Jean-Jacques Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, 1960, Seite 171.) Ganz richtig wird hier erfaßt, daß die Herausbildung und Entwicklung der kapitalistischen Mammutunternehmen untrennbar mit der Konkurrenz verbunden ist und diese offensichtlich nicht aufhebt. Aber was soll an dem Begriff „Monopol“ demagogisch sein?

Man sagt in der bürgerlichen Ökonomie, ein Monopol zeichne sich durch eine hundertprozentige Ausschaltung der Konkurrenten aus. Da es diese aber praktisch kaum gibt, gebe es auch kaum Monopole. In der marxistischen Theorie hat der Begriff dagegen einen anderen, scharf und wissenschaftlich umrissenen Inhalt. Das Monopol entstand auf der Basis der Konzentration wirtschaftlicher Macht bei einer relativ geringen Zahl von Großunternehmen. Es beinhaltet auf dieser Grundlage die Ausschaltung der freien Konkurrenz in seinem Herrschaftsbereich und die Beherrschung von überlegenen Absatz- und Abnehmerpositionen, von technischen, finanziellen, außenwirtschaftlichen und anderen Macht- bzw. Monopolstellungen im Vergleich zur Masse der übrigen Unternehmen. Diese nicht im Verhältnis zu allen, wohl aber zur überwiegenden Mehrheit der anderen Unternehmen bestehenden Monopolstellungen werden in dauerhaft höheren Profiten, in Monopolprofilen also, realisiert. Der so bestimmte Monopolprofit ist das Kriterium des Monopols.

Während die Bruttolöhne je Industriearbeiter in der Bundesrepublik von 1950 bis 1966 von 100 auf 317 und die Reallöhne auf 202 stiegen und die Bruttoprofile sowie Bruttoeinkommen der „Selbständigen“ von 100 auf 445 anwuchsen (1965), erhöhten sich die Bruttoprofile der 50 führenden Konzerne auf 944.

Die acht zur IG-Farben-Gruppe gehörenden Gesellschaften vereinigen rund 50 Prozent des westdeutschen Chemieumsatzes und rund 75 Prozent der chemischen Industrieforschungskapazität auf sich. Mit einem Jahresumsatz von etwa 10 Milliarden DM und fast 350 000 Beschäftigten kontrollieren die in einer Interessengemeinschaft verbundenen Siemens und Bosch mehr als ein Drittel des Umsatzes der Elektroindustrie. Ebenso bekannt ist die monopolistische Macht der vier Großen in der Automobilindustrie oder des Springerkonzerns im Bereich der Presse und der Meinungsmanipulierung. Auf Grund dieser ökonomischen Macht besitzen die Monopole den entscheidenden Einfluß auf den Staat, der vor

allem über die Unternehmerverbände ausgeübt wird.

Das Ziel der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht der Mensch, sondern die Sicherung des Monopolprofits. Von den Vertretern der „Industriegesellschaftstheorie“, die, gestützt auf die Aussagen der Managertheorie, das „soziale Herz“ der Monopole propagieren, wird das bestritten. Aber wie kommen denn die chaotischen strukturellen Lücken in der Entwicklung der Bildung, der Wissenschaft, des Verkehrswesens, des Gesundheitswesens usw. zustande? Doch dadurch, daß nicht die menschliche Persönlichkeitsentfaltung Leitbild von Monopolentscheidungen ist, sondern der Konkurrenzkampf der Monopole untereinander um die Profitmaximierung sie zu produktiven Direktinvestitionen in ihrem eigenen Herrschaftsbereich drängt und so volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen bewirkt.

Die Höhe der Profile eröffnet den Monopolen weit größere Möglichkeiten attraktiven technischen Fortschritts als den nichtmonopolistischen Unternehmen. Aber um diesen Fortschritt im Interesse monopolistischer Profite zu sichern, müssen auch die monopolistischen Machtstellungen gesichert werden, tendiert das Monopol stets zur Ausschaltung der Konkurrenten, zu einer Totalität seiner Macht, für deren Sicherung und Ausdehnung — wenn notwendig und möglich — auch bewaffnete Gewalt eingesetzt wird. Damit wurzelt die Aggressivität des Imperialismus, die sich heute vordergründig politisch motiviert gegen nationale Befreiungsbewegungen bzw. gegen den Sozialismus richtet, im Monopol.

In den USA werden heute rund 70 Prozent aller Forschungsaufwendungen staatlich finanziert. Davon gehen rund 90 Prozent in die Rüstungsforschung. Das eigentliche Geschäft der Rüstungsmonopole besteht aber darin, daß sie die staatlich subventionierte Rüstungsforschung in ihrem gesamten — auch zivilen — Produktionsbereich profitabel verwerten. So ist das Monopol keine „soziale Institution“, sondern es zeigt sich darin vielmehr seine Überlebensfähigkeit.

Dr. H. Wilms

TERMIN KALENDER

- **13.—16. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft in Erbach/Odw.
- **14.—16. Oktober**
12. Bundeskongreß der Gewerkschaft der Polizei in West-Berlin.
- **20.—26. Oktober**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Koblenz.
- **29.—30. Oktober**
6. Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.
- **1.—3. November**
Wissenschaftliche Tagung der Marxistischen Studiengemeinschaft Düsseldorf.
- **21.—22. November**
7. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.
- **22.—23. November**
7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.
- **Mai 1969**
7. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München.

Bundeskongreß der VUS

Die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS) veranstaltet am 27. Oktober 1968 in Hamburg ihren Bundeskongreß. Wie es in einer diesbezüglichen Mitteilung heißt, müssen Anträge bis zum 19. 10. eingereicht werden. Das Referat zur politischen Lage hält Dr. Gerhard Gleissberg

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt ein Prospekt der Marxistischen Studiengemeinschaft Düsseldorf bei, die vom 1. bis 3. November 1968 eine wissenschaftliche Tagung unter dem Leitwort „Marx und die Gewerkschaften heute“ durchführt. Wir bitten unsere Leser um gefällige Beachtung.

Zu guter Letzt:

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat einen akzeptablen Vorschlag gemacht, um die Suche nach einem neuen Bundespräsidenten zu beenden. Sie schlägt vor: „Wählt Ludwig Rosenberg.“ Dieser Vorschlag, so scheint uns, ist gar nicht mal so schlecht.

Lohnfortzahlung mit Kostenbeteiligung?

In Bonn werfen die Wahlen ihre Schatten voraus — plötzlich ist man sozialpolitisch munter geworden. Zwar sollen keine Wahlgeschenke gemacht werden, aber man hat sich jetzt an eine alte Forderung der Gewerkschaften erinnert, für die die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins 1956 streikten: Die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall. Das ist nun in der Tat kein „Wahlgeschenk“, sondern die längst überfällige rechtliche Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten.

Finanziell würden sich die Arbeiter dabei nicht verbessern, weil sie auch jetzt schon mit dem Krankengeld und dem Arbeitgeberzuschuß im Falle ihrer Erkrankung 100 Prozent des Nettoverdienstes erhalten. Die Krankenkassen (Orts- und Betriebskrankenkassen), deren Mitglieder zu einem erheblichen Teil Lohnempfänger sind, würden jedoch finanziell erheblich entlastet, wenn sie auch für diese Mitglieder in den ersten sechs Krankheitswochen kein Krankengeld mehr zu zahlen hätten und außerdem von dem weitergezählten Lohn den Beitrag einnehmen würden. Auch die Einnahmen der Rentenversicherung der Arbeiter würden sich in diesem Falle verbessern.

Doch noch ist die Lohnfortzahlung für Arbeiter nicht beschlossen. Die Unternehmerverbände, besonders die Bundesvereinigung (BdA), laufen Sturm dagegen mit der Behauptung, daß die Belastungen für die Wirtschaft nicht tragbar seien. Das alte Lied übrigens, das vor jeder Aufbesserung der Löhne und Sozialleistungen angestimmt wird. Die BdA trägt die Kosten für die Lohnfortzahlung mit 4 Milliarden DM jährlich an. Dabei sind aber die Steuerersparnisse, die sich in diesem Fall ergeben, nicht berücksichtigt. Demgegenüber hat Albert Holler in der „Welt der Arbeit“ in einem Aufsatz die effektiven Mehrbelastungen mit 2,5 Milliarden DM angegeben. Davon aber sind nach Ansicht Hollers 0,6 Milliarden DM Beitragersparnis (weil Kranken- und Rentenversicherung mit der Lohnfortzahlung rund 1,2 Milliarden DM mehr erhalten) und 1 Milliarde DM eingespartes Krankengeld, von dessen Finanzierung die Unternehmer 1964 als Ausgleich für die Lohnfortzahlung entlastet wurden, abzusetzen. Es bliebe danach eine tatsächliche Mehrbelastung von nur 0,9 Milliarden DM. Und legt man den Betrag für Kindergeld zugrunde, den der Bundesarbeitsminister Katzer in einem am 15. Juni 1968 in der „Welt“ veröffentlichten Interview genannt hat, nämlich 2,8 Milliarden DM, gibt es für die Unternehmer überhaupt keine Mehrbelastung.

Von der BdA wird kategorisch gefordert, die Lohnfortzahlung mit der Einführung einer zusätzlichen direkten Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung zu koppeln. Zu dieser Forderung hat sich auch Minister Katzer in dem oben genannten Interview mit dem Springer-Organ „Die Welt“ bekannt. Und bezeichnenderweise wird

auch in dem neuen Programmentwurf der CDU die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall von einer Krankenversicherungsreform abhängig gemacht. Als „Vorgriff“ auf die von dem Unternehmerverband geforderte Kostenbeteiligung soll zunächst eine Krankenscheingebühr von 2,50 bis 5 DM eingeführt werden, nachdem mit dem Finanzänderungsgesetz 1967 schon die Rezeptgebühr von 0,50 auf 1 DM erhöht wurde. Wenn das nur als „Vorgriff“ verharmlost wird, mit welchen Belastungen muß dann der Arbeitnehmer im Zuge einer Krankenversicherungs-„Reform“ rechnen?

Es ist völlig klar, daß man die Krankenversicherungs-Reform, die angeblich aus Zeitmangel nicht mehr vor den Wahlen im Bundestag verabschiedet werden kann, nur darum verzögert, weil sie nach den Wünschen der Unternehmerverbände **maßgeschneidert** werden und eine weitere Sozialmontage herbeiführen soll. Die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall ist nur dann sozialer Fortschritt, wenn sie nicht mit neuen Belastungen für Arbeiter, Angestellte und Rentner in der Krankenversicherung gekoppelt wird. Für die finanzielle Sanierung der Krankenkassen gibt es von den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen seit langem exakte Vorschläge: Neben der Lohnfortzahlung für Arbeiter die Einbeziehung aller Angestellten in die Krankenversicherungspflicht, die volle Erstattung aller für Fremdaufgaben entstehenden Kosten (Mutterschaftshilfe, Behandlung der Unfallverletzten und Kriegsopfer), Einschränkung der übermäßigen, gewinnträchtigen Kostensteigerungen, Befreiung von der Mehrwertsteuer und von den Invest- und Unterhaltskosten für Kliniken und Krankenhäuser. A. B.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen
Erlenweg 3/9
Telefon 34.38, Postcheckkonto Stuttgart 940 19
Redaktion: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80,
Hornöcker 31, Tel. 7 58 58 28
Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzausdruck
Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona,
Winterstraße 9-11
Einzelpreis 0,75 DM, Halbjahres Abonnement
4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet